

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

Inhalt:	Seite	Inhalt:	Seite
Die deutschen Arbeitgeber-Organisationen. I	225	Lohnbewegungen und Streiks. Zur Aussperrung im Malergewerbe	238
Gesetzgebung und Verwaltung. Aus den Berichten der russischen Fabrikinspektoren	228	Aus Unternehmerkreisen. Von den Industriellen in der Pfalz	239
Wirtschaftliche Rundschau	229	Kartelle u. Sekretariate. Gewerkschaftskartell in Sebnitz	240
Statistik und Volkswirtschaft. Ein absterbendes Bergrevier	230	Genossenschaftliches. Der diesjährige ordentliche Genossenschaftstag	240
Soziales. Akademische Unterrichtskurse für Arbeiter	233	Audere Organisationen. Eine Lohnbewegung der Bergleute im Ruhrrevier	240
Arbeiterbewegung. Sabotagevorwürfe gegen die Landarbeiter. — Arbeitslosenbildung. — Aus den deutschen Gewerkschaften	234	Mitteilungen. Leitung der Generalkommission über Quartalsbeiträge und Unterstützungsgelder. — Für die Verbandsexpeditionen	240
Kongresse. Oesterreichische Gewerkschaftskongresse	236	Hierzu: Arbeiterrechts-Beilage Nr. 4.	

Die deutschen Arbeitgeber-Organisationen.

I.

Vor wenigen Tagen ist im Lager der deutschen Arbeitgeberorganisationen eine wichtige Verschmelzung vollzogen worden. Die beiden im Jahre 1904 gegründeten Arbeitgeberzentralen, die von dem Centralverband Deutscher Industrieller ausgehende „Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände“, und der vom Bund der Industriellen Deutschlands und dem Gesamtverband Deutscher Metallindustriellen ins Leben gerufene „Verein Deutscher Arbeitgeberverbände“ haben am 4. April d. J. ihre Verschmelzung beschlossen und sofort durchgeführt. Die neue Centrale soll den Namen „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ führen. Da nähere Mitteilungen über das Programm und die Sitzungen der neuen Centrale zurzeit noch nicht vorliegen, so muß deren Veröffentlichung abgewartet werden. Ein Zusammenwirken der beiden Centralen war schon seit dem Jahre 1905 herbeigeführt worden; das Kartell erstreckte sich auf die gegenseitige Förderung in der Bekämpfung der Gewerkschaften und Streikbewegungen der Arbeiter. Die trennenden Momente lagen nicht bloß in Organisationsdifferenzen, die hauptsächlich zwischen dem Centralverbande Deutscher Industrieller und dem Bund der Industriellen vorhanden waren, sondern auch in der Durchführung der Streikschädenversicherung, die der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände im Wege rationaler Versicherung, die Hauptstelle dagegen im Wege der freien Entschädigung ohne Rechtsanspruch zu verwirklichen suchte. Ob hierin ein Ausgleich gefunden worden ist, bleibt abzuwarten.

Die Vereinheitlichung der Kampfcentralen der Arbeitgeber bedeutet zweifellos eine Verschärfung der Strategie des Unternehmertums. Für die Arbeitergewerkschaften muß dies ein Ansporn sein, auch ihre Kampfesrüstung zu verbessern. Wohin der Wunsch der Arbeitgeber zielt, hat ja der Hauptvorstand des Arbeitgeberverbandes für das Malergewerbe bei Beginn des jetzigen Kampfes offenherzig ausgeplaudert, als er in seinem Zirkular schrieb: „Wir wollen den

Gehilfen Gelegenheit bieten, ihren rund 2 Millionen zählenden Kampffonds zu verwenden“. Die Gewerkschaften werden beitrebt sein, ihre Solidarität derart zu entwickeln, daß keine Organisation zu befürchten braucht, sich in den ihr von den Arbeitgebern aufgezwungenen Kämpfen zu verbluten.

Angehts dieser Konzentration der Kräfte im Unternehmerlager gewinnt eine Darstellung der Arbeitgeberorganisation, die das Kaiserlich Statist. Amt vor wenigen Wochen der Öffentlichkeit übergab, an Interesse. Die Arbeitgeberverbände lieferten bisher nur höchst spärliches statistisches Material. Im Gegensatz zu den Arbeitergewerkschaften, die seit 1890 den Grundsatz vollster statistischer Publizität zur Geltung bringen, haben sie sich mit einem wahren Schleier des Geheimnisses umgeben. Alle Volkswirtschaftler, die sich mit der Organisation der Arbeitgeber befassen, haben dies schon beklagt. Auch das gegenwärtig vom Statistischen Amt veröffentlichte Material ist mehr als dürftig und reicht auch nicht entfernt an das gewerkschaftsstatistische Material heran. Es erstreckt sich nur auf die Zahl der Vereine und Verbände, die Zahl ihrer Mitglieder und die Zahl der von diesen beschäftigten Arbeiter. Abgesehen von einigen wenigen Zahlen über Streikentschädigung und Streikversicherung bringt diese Statistik nichts über die Finanzgebarung der Arbeitgeberorganisationen, nichts über ihre sonstigen Organe und Einrichtungen, so daß der Volkswirtschaftler mit diesen Angaben wenig anzufangen weiß. Sie sind ein leeres Zahlengerippe ohne Inhalt, das man nach Belieben deuten kann. Es würde zwar sicher zu einer gefährlichen Unterschätzung der Arbeitgeberverbände führen, wollte man den gänzlichen Mangel an statistischem Inhalt als Abwesenheit von Kraft, als organisatorische Hohlheit deuten. Aber manche dieser Organisationen wird über ein papiernes Dasein noch nicht hinausgekommen sein und noch keine Kraftprobe überstanden haben, die ihre Leistungsfähigkeit außer Zweifel stellt.

Die amtliche Statistik erfährt die Arbeitgeberverbände nur insoweit, als sie sich mit der Regelung der Arbeitsverhältnisse gegenüber den Arbeitern befassen.

Verbot einer Prüfung durch höhere Instanzen handhaben wird. Es wäre doch geradezu unerhört, wenn man den Staatsbürgern einfach durch Polizeiverbot untersagen könnte, mit ihren der Schule entwachsenen Kindern hinzugehen, wohin es ihnen beliebt. Jedenfalls dürfte in dieser Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen sein."

K. Schmidt.

Kartelle und Sekretariate.

Arbeitersekretär für Neumünster gesucht.

Für das Arbeitersekretariat Neumünster i. S. wird zum 1. Juli 1913 ein Arbeitersekretär gesucht. Personen, die bereits als Sekretär tätig waren, werden bevorzugt. Etwaige Dienstjahre werden in Anrechnung gebracht. Anfangsgehalt 2100 Mk., Endgehalt 2700 Mk. Meldungen sind bis zum 15. April zu richten an Chr. Brandt, Fabrikstr. 32,

Andere Organisationen.

Bildungsbestrebungen und Centrumschriften.

Der „Deutsche Metallarbeiter“ in Duisburg, das Blatt des zentrumschriftlichen Metallarbeiterverbandes, spricht in seiner Nummer 12 von einem „roten Intelligenzmonopol“. Es heißt, der Abgeordnete Legien habe sich von der Tribüne des Reichstages herab „die Prahlerei gestattet“, jeder intelligente Arbeiter sei Sozialdemokrat. Weiter heißt es, „diese lächerlich wirkende Annahme“ sei schon von Giesberts „sofort zurückgewiesen worden“. Der „Deutsche Metallarbeiter“ bringt dann für seinen Teil einiges vor, was für die angebliche Unsinnigkeit der „Legienischen Behauptungen“ sprechen soll. Da ist es angebracht, an etwas zu erinnern, was das Duisburger „christliche“ Blättchen vor zwei Jahren schrieb. In der Nummer 9 des Blättchens vom Jahre 1911 wurden, weil „wiederholt Anfragen“ gekommen seien, die christlichen Leser vor dem Kauf „von großen Druckwerken und Büchern“ gewarnt! Die Form, in der dies geschah, war sehr bezeichnend für die zentrumschriftliche Bildungsliebe. Das christliche Metallarbeiterblatt meinte, gewiß sollten sich die Mitglieder durch Lesen guter, aufklärerischer Bücher bilden, dazu sei aber in erster Linie „die kleine soziale Literatur der christlichen Gewerkschaften“ bestimmt. Darüber hinaus sollten in den Ortsgruppen „einige größere Bücher zu einer Bibliothek vereinigt“ werden, damit die Mitglieder sie, ohne die Bücher selbst kaufen zu brauchen, lesen könnten. „Lexika, Weltgeschichten, Revolutionsgeschichten, Klassiker usw.“ sollten aber auch die Ortsgruppen nicht anschaffen! Wer etwa als zentrumschriftliches Weltwunder so aus der Art geschlagen war, daß er nach Schiller, Goethe, Heine oder noch gar nach einer Weltgeschichte verlangte, wurde an die Bibliotheken größerer Bildungsvereine und in die Stadtbibliotheken verwiesen, wo „dergleichen teure Werke“ leihweise zu haben seien!

Das ist die zentrumschriftliche Bildungsfürsorge in Reinkultur! Es ist gewiß löblich, in unserer Zeit von Klassikern als von „dergleichen teuren Werken“ zu reden! Heute kaufen sich tausende und abertausende Arbeiter ihre Klassiker um wenige Mark für den eigenen Besitz, die

Centrumschriften verbannen die größeren Bücher aber sogar aus ihren Gewerkschaftsbibliotheken! Da genügen einige M.-Gladbacher Zehn-pfennigbroschüren!

Man versteht da auch, daß wiederholt auf den Generalversammlungen des christlichen Metallarbeiterverbandes von Delegierten geklagt wurde, daß die Verbandszeitung die Bildungsbestrebungen nicht genügend fördere. Man versteht auch die Schlaueit mancher christlichen Funktionäre. So wurde einmal aus dem Bezirk Hamm in Westfalen gemeldet, die christlichen Metallarbeiter hätten eine Lohnbewegung auf besondere Art „günstig“ abgeschlossen. Und zwar habe man den betreffenden Arbeitern ihre Forderung nicht durch die Unternehmer „bewilligt“, sondern indem der betreffende Mehrlohn durch die christliche Lokalkasse den Arbeitern ausbezahlt worden sei! Das roch zwar auf Meilen nach einem regelrechten Schildbürgerstückchen, aber solche wohlgebildeten Mannen sind doch die rechten Kerle, von lächerlich wirkender Annahme zu reden!

Es sei hier auch angemerkt, was noch dieser Tage, am 20. März, die „Kölnische Volkszeitung“ bei einer Polemik mit der Oppersdorff-Gruppe ausplauderte. Ein Blatt jener Gruppe hatte darüber gemault, daß katholische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften gemeinsam Volksbildungsabende veranstalteten. Dazu schrieb die „Kölnische Volkszeitung“ unter anderem:

„Der Schreiber dieser Sätze hat gar keine Ahnung davon, daß es sich hier um eine Veranstaltung handelt, den Bestrebungen der Sozialdemokratie, die ihrerseits die allgemeine Bildung der Arbeiter eifrig fördert, ein Gegen-gewicht zu bieten und für die katholischen und die in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter auf diesem Gebiete etwas Nehrliches zu leisten.“

Also auch da wird wieder ausdrücklich unterstrichen, daß die Centrumschriften nur notgedrungen etwas nachzumachen suchen, was die Sozialdemokratie in anderer besserer Art schon länger besorgt. Wie es ja auf allen Gebieten der Fall ist und wie die christlichen Gewerkschaften ganz allgemein nur von Gnaden der Sozialdemokratie leben.

W. S.

Mitteilungen.

An die Kartellvorsitzenden und Postbezieher des „Correspondenzblatt“.

Der heutigen Nummer des „Corr.-Bl.“ ist die Adressenbeilage Nr. 2 beigegeben. Die Kartellvorsitzenden sowie die Postbezieher des „Corr.-Bl.“ wollen die Mitteilungen am Kopfe dieser Beilage beachten, damit teils die Meldungen von Adressenänderungen rechtzeitig erfolgen, teils keine unnütze Verzögerung in der Postzustellung des „Corr.-Bl.“ eintritt.

Die Generalkommission.

Für die Verbandsexpeditionen.

Der Nr. 15 des „Corr.-Bl.“ wird die Arbeiterrechts-Beilage Nr. 4 beigegeben. Die Nummer erscheint im Umfange von 32 Seiten.

Die Generalkommission.

Das Baugewerbe, das nahezu die Hälfte aller Arbeitgeberorganisationen und $\frac{2}{3}$ ihrer Mitglieder umfaßt, repräsentiert gleichwohl nur ein Neuntel der Gesamtarbeiterziffer, während der Bergbau bei seiner fast gleichen Arbeiterzahl nur den 300. Teil der Organisationen und 500. Teil der Mitglieder stellt.

Von besonderem Interesse ist eine Gegenüberstellung der von der Arbeitgeberorganisation repräsentierten Zahl der beschäftigten Arbeiter mit den Zahlen von der Berufszählung und von der gewerkschaftlichen Organisation erfaßten Arbeitern. Danach wurden gezählt:

Berufsgruppe	1907 Arbeiter bei der Berufs- zähl. (einsch. mitarb. Familienange- hörige)	1912 bei Mit- gliedern der Arbeitgeber- verbände beschäftigt	1911 in Ge- werf- schaften organi- siert
Bergbau	903 156	469 982	208 402
Steine und Erden	644 604	209 248	69 140
Metalle, Maschinen . . .	1 694 111	796 288	627 312
Textilindustrie	856 522	490 026	178 183
Lederindustrie	158 418	16 034	44 274
Holzindustrie	571 549	70 187	217 114
Nahr.- u. Genußmittel	789 615	182 355	133 811
Bekleidungs-gewerbe . .	707 143	146 729	123 546
Baugewerbe	1 571 154	500 924	496 836
Poligraph. Gewerbe . . .	163 322	77 006	106 239

Hiernach ist rein ziffernmäßig die Arbeiterorganisation der Arbeitgeberorganisation überlegen in den Poligraphischen Gewerben, in der Holz- und der Lederindustrie. Fast gleich stark sind die Kräfte in der Metall- und Maschinenindustrie, in den Nahrungsmittel-, Bekleidungs- und Baugewerben, während im Bergbau, in der Industrie der Steine und Erden und Textilindustrie die Arbeiterorganisation noch erheblich im Rückstande ist. Die Vertretung der Arbeiterziffern läßt natürlich noch keine unbedingten Schlüsse auf die wirkliche Kräfteverteilung zu, wenn sie auch manchen Fingerzeig gibt für die gewerkschaftliche Agitation.

Nach ihrer Gründungszeit reicht nur ein kleiner Teil der Arbeitgeberverbände vor das Jahr 1900 zurück. Es wurden gegründet im Jahre

	Reichs- verbände	Landes- od. Bezirks- verbände	Orts- verbände	Insgesamt
vor 1900	22	59	183	264
1900	4	11	51	66
1901	4	4	24	32
1902	5	19	46	70
1903	3	12	65	80
1904	8	22	184	214
1905	2	23	125	150
1906	11	55	178	248
1907	21	41	199	261
1908	4	27	123	154
1909	5	14	98	117
1910	6	23	95	124
1911	5	7	66	78

Die Massen Gründungen setzten also im Jahre 1904, in dem Jahre des Grimmitschauer Kampfes und der Gründung der beiden Arbeitgebercentralen ein. Während vor diesem Jahre erst 512 Arbeitgeberorganisationen bestanden, wurden allein von 1904 bis 1906 612 neue Organisationen gegründet. Dann flaute das Gründungsfieber wieder zurück.

Ueber die geographische Verteilung der Arbeitgeberorganisationen, ihrer Mitglieder und der bei diesen beschäftigten Arbeiter gibt das amtliche Werk eine umfangreiche Tabelle,

deren Wiedergabe, auch nur im Auszug, an dieser Stelle unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen. Wir begnügen uns, einige Stichproben über die wichtigsten Berufsgruppen nach ihrer geographischen Verbreitung zu geben.

Von der Berg- und Hüttenindustrie sind die Arbeitgeber von 382 986 Arbeitern in der Rheinprovinz, von 20 821 Arbeitern in Schlesien und von 24 471 Arbeitern in Sachsen, sowie von 13 126 Arbeitern (Braunkohlenrevier) organisiert.

Die organisierte Metall- und Maschinenindustrie dominiert mit 165 045 Arbeitern im Rheinland, mit 125 545 in Berlin, mit 41 774 im Königreich Sachsen, mit 34 576 im rechtsrheinischen Bayern, mit 32 598 in Baden, mit 25 671 in der Provinz Sachsen, mit 24 613 in Württemberg, mit 24 787 in Hamburg, mit 20 237 in Hannover und mit 20 226 in Schlesien.

Die organisierten Textilfabrikanten sind vertreten: mit 81 534 Arbeitern im rechtsrheinischen Bayern, mit 71 406 im Rheinland und mit 22 210 in Elsaß-Lothringen.

Von der Papierindustrie entfällt die größte organisierte Gruppe der Arbeitgeber mit 2246 Arbeitern auf Berlin, von der Lederindustrie mit 4500 Arbeitern auf Hessen.

Die organisierten Arbeitgeber der Holzindustrie sind ziemlich gleichmäßig im Reiche verteilt. Nur Berlin und Königreich Sachsen ragen mit 14 271 und 11 629 Arbeitern etwas über die anderen Bezirke hinaus.

In der Nahrungs- und Genußmittelindustrie repräsentieren die organisierten Unternehmer in Baden 36 000, in Westfalen 22 600, in Sachsen 15 067, und in Schlesien 10 463 Arbeiter.

Bei den Bekleidungs-gewerben übt Berlin mit 33 345 Arbeitern ein entscheidendes Übergewicht aus. Daneben sprechen noch die Provinz Sachsen mit 12 650 und Bayern (linksrhein.) mit 10 780 Arbeitern erheblich mit.

Vom Baugewerbe konzentriert sich der Einfluß der größten Arbeitgeberverbände auf Berlin mit 50 103 beschäftigten Arbeitern; es folgen Bayern (rechtsrhein.) mit 43 663, Königreich Sachsen mit 42 497, Rheinland mit 25 989, Hannover mit 22 351, Schleswig-Holstein mit 19 933, Westfalen mit 18 740, Posen mit 18 000, Hamburg mit 16 023, Schlesien mit 14 468 und Hessen-Raffau mit 10 676 Arbeitern.

In den Poligraphischen Gewerben halten sich Sachsen (Agr.) mit 8560 und Berlin mit 7890 beschäftigten Arbeitern die Wage.

Im Handel und Verkehr nimmt Hamburg mit 51 660 beschäftigten Arbeitern eine alles überragende Stellung ein, neben der selbst Berlin mit nur 11 000 Arbeitern zurücktreten muß.

Alles in allem genommen ist die berufliche Arbeitgeberorganisation am stärksten vertreten im Rheinland mit 553 984 beschäftigten Arbeitern; es folgen Berlin mit 266 478, Bayern (rechtsrhein.) mit 127 935, Hamburg mit 118 632, Sachsen (Agr.) mit 118 360 und Baden mit 71 998 beschäftigten Arbeitern.

Die gemischten Arbeitgeberverbände treten besonders in Hamburg mit 118 752, Westfalen mit 93 773, Rheinland mit 43 450, Hannover mit 30 123, Schleswig-Holstein mit 24 695 und Württemberg mit 20 646 beschäftigten Arbeitern hervor. Indes sind in diesen Zahlen zweifellos Doppelzählungen einbegriffen, wie ein Vergleich der Arbeiterziffern der beruflichen und der gemischten Arbeitgeberverbände Hamburgs erkennen läßt. Die

Statistik zählt auch die Bezirksverbände und die Ortsverbände gesondert, wobei sich häufig völlige Identität der Arbeiterziffern ergibt. Da es uns unmöglich ist, Doppelzählungen aus diesem Zahlenmaterial auszuschneiden, so haben wir von den beiden Gruppen nur die jeweils größten Arbeiterzahlen wiedergegeben. Eine Zusammenzählung der Arbeiterzahlen beider Gruppen verbot sich aus der erwähnten Gefahr der Doppelzählung.

Nach Ortsgrößenklassen verteilen sich im Jahre 1912 die Arbeitgeberverbände, ihre Mitglieder und Arbeiter in folgendem Verhältnis. Auf je 100 Verbände entfielen:

Sitz der Verbände in	Verbände	Mitgl.	Arbeiter
Großstädten	27,34	59,79	67,17
Mittelfstädten	29,92	23,77	20,47
Kleinstädten	22,93	11,79	9,62
Landstädten	7,87	3,83	2,34
Landgemeinden	1,87	0,82	0,40
Unbestimmt	10,07		
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

Hierbei sind die Mitglieder und die bei diesen beschäftigten Arbeiter stets der Gemeinde zugezählt, in welcher sich der Sitz des Verbandes befindet.

Zum Schlusse wird noch eine Uebersicht über die Verteilung der Arbeitgeberverbände, ihrer Mitglieder und beschäftigten Arbeiter auf die 44 Großstädte des Deutschen Reiches gegeben. An der Spitze marschiert hier Berlin, dessen organisierte Arbeitgeber 266 478 Arbeiter beschäftigen. Es folgt Hamburg-Altona mit einer Beschäftigtenziffer von 119 058, Leipzig mit 46 000, Barmen mit 35 998, München mit 32 222, Dresden mit 21 390, Düsseldorf mit 20 158, Arefeld mit 18 234, Mannheim mit 17 490, Köln mit 15 837, Stettin mit 15 615, Bremen mit 12 937, Frankfurt a. M. mit 11 266 und Hannover mit 10 240. Die Angaben werden von der amtlichen Statistik selbst als lückenhaft bezeichnet.

In einem zweiten Artikel werden wir auf die statistischen Ergebnisse über die Streitversicherung und Streikentschädigung der Arbeitgeberverbände näher eingehen.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Aus den Berichten der russischen Fabrikinspektoren.

Im Jahre 1882 wurde die russische Fabrikinspektion ins Leben gerufen. Eine wechselreiche Geschichte hat diese Institution seitdem durchgemacht. Ihre Existenz der aufwachsenden Arbeiterbewegung verdankend, wurde die Inspektion bald überwiegend technische, bald hauptsächlich polizeiliche Aufsichtsbehörde. Je nach dem Druck der Arbeiterbewegung und der Schattierung des Polizeiministers wurden die Inspektoren mit den verschiedensten Funktionen beauftragt.

In den ersten Jahren des Bestehens der Institution durften die Inspektoren, deren Zahl nur vier betrug, Material über die Lage und Lebensbedingungen der Fabrikarbeiter sammeln. Die erste Garnitur der Fabrikinspektoren hat auf diesem Gebiete gute Arbeit geleistet. Die feinerzeit veröffentlichten Arbeiten und Berichte, besonders Veröffentlichungen eines der Beamten, Professor Janschul, brachten reichhaltiges und wertvolles Material über die Lage der Arbeiter im Moskauer Gouvernement. Selbstverständlich konnte so etwas nicht von langer Dauer sein. Seit 1885 werden die Berichte der Fabrikinspektoren der Öffentlichkeit entzogen. Im Jahre 1901 hat das zu-

ständige Departement angefangen, „Zusammenstellungen aus den Berichten der Fabrikinspektoren“ herauszugeben. Diese Zusammenstellungen bieten recht wenig Material zur Beurteilung der sozialen Lage der Arbeiterklasse, wieweil sie die einzige statistische Quelle darstellen, die im Rahmen des ganzen Reiches regelmäßig über die Arbeits- und Arbeiterverhältnisse zahlenmäßiges Material liefern. Seit 1905 werden die Berichte in dem neugeschaffenen Handelsministerium bearbeitet. Ein Departement dieses Ministeriums, das Departement für Industrie, fungiert dabei als statistische Laboratorium. Ein besonderes Statistisches Amt, geschweige schon ein solches für die Arbeiterstatistik, existiert nicht in Russland. Jedes Ressort betreibt Statistik auf eigene Faust.

Obwohl die Fabrikinspektion einerseits dem Handelsministerium unterstellt wurde, haben die Inspektoren in ihrer Tätigkeit am Orte sich den Weisungen und Anordnungen des Gouverneurs (d. h. des Organs der Polizeigewalt) zu fügen. Die Institution der Fabrikinspektoren besteht nur im Europäischen Russland, ausgenommen den Kaukasus und einigen induricarmen Provinzen. Der Aufsicht der Inspektoren sind nur geschlossene Betriebe mit mindestens 16 beschäftigten Arbeitern oder mit vorhandener Dampfesselanlage unterstellt. Ausgeschlossen sind die Bauberufe, die Landwirtschaft, die Eisenbahnen und die Eisenbahnwerkstätten, die staatlichen Betriebe, die Transportberufe, die kaufmännischen Berufe, das Handwerk und die Montanindustrie. Für die letztere besteht freilich eine besondere Aufsichtsbehörde, die aber nicht dem Industrie departement, sondern dem Bergdepartement desselben Handelsministeriums unterstellt ist und deren Berichte daher in den Zusammenstellungen des Industrie departements nicht berücksichtigt werden.

Das kolossale, der Aufsicht der Fabrikinspektion unterstellte Gebiet ist in 231 Bezirke eingeteilt. Die Zusammenstellung der Berichte dieser 231 Inspektoren für das Jahr 1911 liegt nunmehr vor und bringen wir im nachfolgenden, darauf gestützt, folgende Daten.

Am 1. Januar 1911 standen unter der Aufsicht der Fabrikinspektion 15 721 Betriebe mit 1 951 955 beschäftigten Arbeitern. Ein Jahr darauf betrug die Zahl dieser Betriebe 16 600 und die Zahl der beschäftigten Arbeiter 2 051 198. Die Steigerung um mehr denn 99 000 Mann legt Zeugnis von der seit 1910 eingeleiteten industriellen Hochkonjunktur ab. Daß die Zahl von 2 Millionen Arbeitern nur einen Teil des russischen Proletariats darstellt, ist nach den obigen Ausführungen über die mangelhafte Statistik einleuchtend. Leider sind wir in betreff der Zahl der im Lohndienst stehenden Personen vollständig im dunkeln. Berufszählungen sind in unserem Vaterlande noch unbekannt.

Von der Gesamtzahl der 2 051 198 Arbeiter waren im Berichtsjahre in den verschiedenen Zweigen der Textilindustrie 868 776 Personen, d. i. 42,4 Proz., in der Produktion von Lebens- und Genussmitteln 331 981 Personen oder 28 Proz., in der Metallindustrie 305 438 Personen, d. i. 15 Proz., beschäftigt. Der Rest verteilt sich auf die Bearbeitung der Mineralstoffe, Holzbearbeitung, Chemische Industrie, Papierindustrie usw.

Ueber die Hälfte der Arbeiter, und zwar 52,6 Proz., waren in nur 787 Großbetrieben, wovon jeder über 500 Personen beschäftigte. Daß die russische Fabrikindustrie im allgemeinen eine Großindustrie ist, ist ja allgemein bekannt. Die Kon-

zentration der Arbeiter in den Großbetrieben ist aus folgender Tabelle besonders fraß ersichtlich:

Gruppierung der Betriebe nach Arbeiterzahl (im Jahre 1911)	Zahl der Betriebe	Zahl der beschäftigten Arbeiter	In Proz. zu der Gesamtzahl
Betriebe mit wenig als 50 Arbeitern	10 996	240 958	11,7
51— 200 Arbeitern . . .	3 678	361 388	17,6
201— 400 " . . .	858	246 082	12,0
401— 500 " . . .	272	122 417	6,0
501—1000 " . . .	442	310 665	15,1
über 1000 " . . .	345	769 778	37,6
	16 600	2 051 198	100 Proz.

Die Frauenarbeit ist stark verbreitet. Genau ein Drittel der Arbeiter, und zwar 638 277 Personen sind Arbeiterinnen. In der Textilindustrie beträgt der Prozentsatz der Frauen zur Gesamtzahl der in dieser Branche Beschäftigten 52,1 Proz., in der chemischen Industrie 34,1 Proz., in der Papierproduktion 25,5 Proz. usw.

Leider vermiffen wir in der Zusammenstellung Angaben über die Arbeitszeit und über die Löhne und Entlohnungsarten, diese wichtigsten Fragen zur Beurteilung der Lage des russischen Proletariats. Ueber die Löhne wird nur eine summarische Aufstellung für einige Rayons gegeben, deren Unterlage die Berichte über die Befragungen der Arbeiter in etwa 24 Proz. der vorhandenen Betriebe bildet. So betrug der durchschnittliche Jahresverdienst:

im Petersburger Rayon . . .	316 Rubel *)
„ Warschauer „ . . .	307 „
„ Charkower „ . . .	268 „
„ Wolgaer „ . . .	216 „
„ Moskauer „ . . .	213 „
„ Stiewer „ . . .	191 „

Der so kleine Verdienst im Stiewer Rayon wird dadurch erklärt, daß hier die Saisonarbeit (in den Zuderfabriken und Schnapsbrennereien) stark vertreten ist. Im Moskauer Rayon überwiegt stark die Textilindustrie, in welcher der durchschnittliche Jahresverdienst der Arbeiter ganze 170 Rubel beträgt! Und doch will die „Zusammenstellung“ eine Aufbesserung im Vergleich mit den vorausgegangenen Jahren erbilden. Mag dies auch zutreffen, da die wirtschaftlichen Streiks im Jahre 1911 bedeutend zugenommen und die Arbeiter energischer den Kampf um die Besserstellung aufgenommen haben, eine Handhabe für die Beurteilung der Erscheinung bieten die amtlichen „Zusammenstellungen“ nicht.

Im Berichtsjahre wurden von den Arbeitern der Fabrikinspektion 25 991 Klagen eingereicht. Diese betrafen 108 048 Arbeiter und hatten 152 113 Anlässe zum Gegenstand. Auch Fabrikanten klagten über ihre Arbeiter in 765 Fällen (im Vorjahre 1207). Während die Arbeiter über die unrichtige Berechnung des Lohnes (9,5 Proz. der Fälle), Unpünktlichkeit der Lohnauszahlung (9,1 Proz.), Nichteinhaltung der Arbeitszeit (7,6 Proz.), Entlassung ohne Kündigung (6,8 Proz.), Anwendung des Unfallentschädigungs-gesetzes (6,1 Proz.), schlechte Behandlung (5,6 Proz.) usw. zu klagen hatten, beziehen sich die Klagen der Unternehmer fast ausschließlich auf vorzeitiges Verlassen der Arbeit. Bei ihren Besuchen auf den Fabriken haben die Fabrikinspektoren selbständig 18 840 Vergehen gegen gesetzliche Vorschriften seitens der Unternehmer festgestellt. Die meisten dieser Ver-

gehen sind formeller Natur und bestehen in unrichtiger Führung der Arbeitsbücher usw. Aber 17,3 Proz. der Gesamtzahl der Vergehen, d. h. 3260 Fälle, betrafen die Vergehen seitens der Fabrik-inhaber gegen die gesetzlichen Bestimmungen betreffend den Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Sittlichkeit der Arbeiter. Diese Zahlen schlagen denjenigen Märchenerzählern direkt ins Gesicht, die sich in der Schilderung der negativen Eigenschaften des russischen Arbeiters befleißigen. Wenn diese Erzählungen nur entfernt der Wahrheit entsprächen, wo könnte dies am ehesten ihren Ausdruck finden, als nicht in den Berichten der Fabrikinspektoren? Was aber aus den Berichten mit Klarheit hervorgeht, das ist die systematische Nichtachtung der Gesetze und Vorschriften zum Schaden der Arbeiterinteressen und Arbeiterlebens seitens der Unternehmerschaft.

Aer.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Balkankrieg und vermehrte Garneinfuhr nach Deutschland — Abbröckelnde Eisenpreise — Hoheisenstatistik — Stokende Emissionen für Aktiengesellschaften — Reichsbank und Ultimo.

Selbst eine noch so kräftige Wirtschaftskonstitution muß schließlich unter der dauernden Kriegsbeunruhigung schwer leiden. In der Tat tritt dies in immer neuen Erfahrungen zutage: auch außerhalb der Börsen- und Bankkreise, deren Verlegenheiten und Bedrängnisse hier oft genug geschildert worden sind.

Mitunter tauchen sogar ganz unerwartete Folgen auf. So klagen jetzt mit einem Male die deutschen Spinner über eine wachsende Schleuderkonkurrenz seitens Oesterreichs. Daß der europäische Südosten aufhörte, Abnehmer oder doch zahlungssicherer Abnehmer der vorgeschritteneren Industrieländer zu sein, traf in erster Linie den Nachbarstaat Oesterreich-Ungarn. Die österreichische Spinnerei krankt zudem schon seit langem an einer überstürzten Erweiterung, und je mehr man zuletzt infolge der neuen Absatzstodung die Last der enormen Ueberschüsse an Garnen empfand, desto mehr versuchte man sich nach anderen Außenmärkten hin Luft zu schaffen und nicht zum wenigsten hat man sich dabei Deutschland zugewandt. In der „Deutschen Industriezeitung“ jammert deshalb Kommerzienrat Semlinger-Vamberg: „Diese Ueberschwemmung mit österreichischen Garnen hat die deutsche Spinnerei in hohem Grade verstimmt und benachteiligt; sie hat die Preise von Nummern bis 22 unter die Herstellungskosten herabgedrückt und die österreichischen Garne bis zu Nr. 42 sind mitunter so sinnlos billig über unsere Grenzen geworfen worden, daß man häufig der Ansicht begegnet, es müsse den Oesterreichern der deutsche Zoll oder ein Teil davon in irgendeiner Form — vielleicht durch das österreichische Kartell — zurückvergütet werden. Das Januar- und Februarheft der deutschen Reichsstatistik zeigt bereits, welch gewaltige Kosten Garn über die deutsche Grenze gegangen sind. Die Einfuhr in beiden Monaten betrug nicht weniger als 1 542 900 Kilo im Werte von rund 2 900 000 Mk., gegen 77 300 Kilo in der gleichen Zeit des Vorjahres; das ist etwa das Zwanzigfache der im vorigen Jahre erfolgten Einfuhr und zeigt die Gefahr dieser Bewegung für die deutsche Industrie, da sie noch im Wachsen begriffen ist.“ Erst von der Rückkehr normaler politischer Verhältnisse erwartet der Verfasser, der sonst den Stand der Textilindustrien für einen günstigen ansieht, eine „Auswekung der Scharte“.

*) 1 Rubel = 2,16 Mk.

Diese Interessengemeinschaft so heterogener Elemente ist auf den ersten Blick verwunderlich und könnte besonders diejenigen stutzig machen, die die terroristischen Attentate der niederschlesischen Grubenherrn auf die organisierte Arbeiterschaft etwas näher kennen. Es liegt indessen nicht der geringste Anlaß zu der Annahme vor, daß die organisierten Bergarbeiter und ihre Leitung mit ihren gewerkschaftlichen oder politischen Pflichten in Widerstreit geraten wären. Die Sachlage ist sehr einfach. Es handelt sich lediglich darum, dem Niedergang des niederschlesischen Bergbaues und der wachsenden Verelendung der niederschlesischen Arbeiterschaft entgegen zu wirken.

Im November 1911 hatte bereits Genosse Sachse als Vertreter des Waldenburger Kreises im Reichstag eine Herabsetzung der Tariffüsse als dringend notwendig befürwortet, und es dauerte reichlich lange, bis die Grubenherrn einsehen, daß es im Interesse des niederschlesischen Bergbaues doch wohl besser sei, den Arbeiter als Mensch zu behandeln und ihm das Recht auf seine Ueberzeugung zu lassen, als ihm durch Terror und Gesinnungsschnüffelerei seine Heimat zu verleiden und mit sünden- teurem Geld gelbe Schmarokerorganisationen zu züchten, die auch dem Unternehmer weiter nichts nützen, als daß sie ihm auf der Tasche liegen und ihm im Gefühl ihrer Unentbehrlichkeit die Arbeitsleistung auf andere abwälzen.

Im Jahre 1911 setzte als Folge des vom Bergarbeiterverband erkämpften Knappschaftswahlgesetzes eine geradezu tolle Maßregelungswut auf den niederschlesischen Gruben ein. Die Folge war, daß die Bergleute, die man niederheben wollte — meistens Funktionäre des Verbandes — nach dem rheinisch-westfälischen Kohlenrevier auswanderten und ganze Scharen anderer Kameraden mitrissen. Hatte die von 1907 ab ruhende Abwanderung niederschlesischer Bergarbeiter die Belegschaftsziffern trotz der Krise wieder etwas anwachsen lassen, so bewirkte der unsinnige Terror der gelben Grubenbeamten, daß im Jahre 1911 über 800, in den ersten 9 Monaten 1912 nahezu 2000 Bergarbeiterfamilien nach Westfalen abwanderten. Diesen „Erfolg“ hatten ja die Grubenherrn trotz aller Mahnungen der Organisation nicht vorausgesehen und als bei weiteren Maßregelungen der Bergarbeiterverband im August 1912 mit der Verhängung der Sperre über das ganze niederschlesische Kohlenrevier antwortete, da war das gefürchtete Instrument des Terrors zerbrochen und wirkungslos. Der Zustuß kulturell tieferstehender Arbeiterschichten aus Nordböhmen und den benachbarten Textilbezirken war durch die Wirkung von etwa 100 000 Flugblättern mit einem Schläge unterbunden. Die Sperre hatte sich auch im Bergbau als wirksames gewerkschaftliches Kampfmittel bewährt.

Allerdings zeterte die Werkspresse das Blaue vom Himmel über „den von den bösen Sozialdemokraten herbeigeführten Ruin des niederschlesischen Reviers“, was die gelben Tölpel jedoch nicht hinderte, die Sperre als gänzlich wirkungslos und als Ausfluß sozialdemokratischer Ohnmacht hinzustellen. Die „Wirkungslosigkeit“ der Sperre zeigte sich darin, daß die Belegschaftsziffer vom 1. April bis Ende September 1912 während eines guten Geschäftsganges um 2000 Köpfe fiel. Vor Verhängung der Sperre vermochten die Grubenherrn die durch die Abwanderung entstehenden Lücken immer wieder durch anspruchslose Land- und Textilarbeiter zu füllen.

Waren Streikandrohungen, Versammlungsproteste und öffentliche Kritik nicht imstande, die Herren von der Verhängung von Maßregelungen abzuhalten, so führten Abwanderung und Sperre rationell zum Ziel. Kaum drei Monate nach Verhängung der Sperre konnte diese aufgehoben werden gegen die ausdrückliche Zusicherung, daß fortan kein Bergarbeiter wegen seiner politischen oder gewerkschaftlichen Ueberzeugung gemahregelt oder sonstwie geschädigt werden dürfe.

Darüber hinaus ließ sich auch leicht eine Verjüngung herbeiführen über die Lage des niederschlesischen Bergbaues und die Lage der Arbeiter. Man kam zurück auf die vom Genossen Sachse im Reichstag vertretene Forderung auf Tarifermäßigung für die Produkte der niederschlesischen Steinkohlenindustrie und das Resultat war unsere eingehend und interessant begründete Petition.

Für die Massenabwanderung niederschlesischer Bergleute nach dem Ruhrrevier bildeten die Maßregelungen Hunderte von braven Kameraden nur der äußere Anlaß. In der Hauptsache ist der große Lohnunterschied das Lockmittel, das den Werbeagenten ihre Arbeit leicht macht. Der Bergmann sucht der Verelendung zu entfliehen und wenn er durch die Peitsche des Terrors noch dazu getrieben wird, so schüttelt er um so leichter den Staub seiner schönen Heimat von den Füßen. Ein Blick auf die amtlich bekannt werdenden Lohnzahlen macht das begreiflich. Im dritten Quartal 1912 betragen die Durchschnittslöhne in

	Niederschlesien	Ruhrrevier
der Gesamtbelegschaft . . .	3,43 Mk.	5,10 Mk.
der Hauer und Lehrhauer	3,69 Mk.	6,12 Mk.

Das ist bei der Gesamtbelegschaft ein Lohnunterschied von 1,67 Mk., bei den Hauern und Lehrhauern sogar 2,43 Mk. Da brauchten die Werbeagenten nicht allzubielen Worte zu geben und das ganze Revier wanderte aus, wenn nichts geschieht, um einen Ausgleich zu schaffen. Zumal die Preissteigerung der Lebensmittel durchaus nicht hinter der des Westens zurückgeblieben ist. Gewiß sind auch in Niederschlesien die Löhne gestiegen. Ende 1907 bis Anfang 1910 sind sie aber um 22 Pf. pro Schicht (von 3,39 Mk. auf 3,17 Mk.) gefallen und erst Mitte 1912 hatten sie die Höhe von Ende 1907 wieder erreicht.

Die Folge solcher schlechter Lohnverhältnisse ist natürlich dauernde Unterernährung und Verelendung. Es sind früher schon im „Correspondenzblatt“ Verelendungserscheinungen aus dem Waldenburger Bergrevier besprochen worden, so daß wir uns auf eine flüchtige Zusammenfassung derselben beschränken können. So konnten wir auf Grund einer Enquete des sozialdemokratischen Vereins für den Kreis Waldenburg feststellen, daß von 4544 befragten Familien 2730 (60 Proz.) mit 11 448 Köpfen nur Einzimmerwohnungen bewohnen; ferner bewohnten 1814 Familien mit 7610 Köpfen Zweizimmerwohnungen (das ist Zimmer und Küche, weiter nichts). Von den Familien mit Zweizimmerwohnung hat eine beträchtliche Zahl noch Schlafburgen. Festgestellt wurde ferner, daß von den befragten Mitgliedern der Organisation 382 Ehefrauen, das ist 7,6 Proz., regelmäßig auf Lohnarbeit gehen. Die 982 Kinder dieser arbeitenden Ehefrauen verteilen sich folgendermaßen:

Das Abbröckeln der Eisenpreise, das schon vor einiger Zeit in England vorübergehend zu beobachten war, wurde bisher zwar immer durch gelegentliches Wiederanziehen leidlich ausgeglichen. Jedoch die wiederkehrenden Rückfälle deuten mehr und mehr darauf hin, daß der Höhepunkt des Geschäftsaufschwunges wahrscheinlich überschritten ist. An der Düsseldorfer Produktenbörse brachte der 4. April eine ganze Reihe Herabsetzungen. Stabeisen notierte man 118—121 Mk., statt wie vorher 121—124 Mk.; ebenso Grobbleche aus Flußeisen. Kesselbleche aus Flußeisen zeigten die Untergrenze 140 statt 142 Mk., Feinbleche notierten 140—145 gegen 142½—147½ Mk. Der offizielle Marktbericht, obwohl er offensichtlich die Stimmung verbessern soll, vermerkt „andauernde Zurückhaltung für neue Abschlüsse“. In einzelnen Zweigen der Eisenindustrie soll der Konkurrenzkampf der großen Werke gegenüber den kleineren unverkennbar an Schärfe gewonnen haben.

Jede Abschwächung der Konjunktur wirkt auf viele Industrien um so empfindlicher, weil seit dem 1. April die neuen erhöhten Preise für Kohle und Koks gelten und für manche Produktionen natürlich ganz erheblich ins Gewicht fallen.

Bisher hat aber die deutsche Roheisenproduktion ihre ganz außerordentliche Vermehrung unbeirrt fortgesetzt, allerdings in den meisten Monaten auf eine rapide Ausfuhrsteigerung gestützt, die aber gleichfalls recht vergänglicher Art sein kann. Die Ermittlungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller liegen soeben für den Monat März vor. Danach erzeugten Deutschland und Luxemburg an Roheisen: im März 1913 insgesamt 1 628 190 Tonnen gegen 1 492 511 Tonnen im Februar 1913 und 1 446 076 Tonnen im März 1912. Die Erzeugung während des Vierteljahres Januar bis Ende März stellte sich: 1913 auf 4 730 415 Tonnen gegen 4 116 652 Tonnen in 1912, obwohl das Schaltjahr 1912 in diesem Zeitraum einen Tag (29. Februar) mehr zählte. Nimmt man bei einem weiteren Rückblick dieses erste Quartal zum Maßstab, so brachten die allgemeinen Krisenjahre 1907 bis 1909 für die Roheisenerzeugung im wesentlichen nur einen Stillstand, eine Unterbrechung der vorher gewohnten Expansion (Döchstjahre 1906/07 im ersten Quartal 3 014 000 und 3 139 000 Tonnen, gegen 3 101 000 Tonnen in 1908 und 3 043 000 Tonnen in 1909). Dann folgen sich die ersten Quartale von 1909 bis 1913 in um so höheren Stufen der Aufwärtsbewegung: 1909 3 043 000 Tonnen, 1910 3 518 000 Tonnen, 1911 3 821 000 Tonnen, 1912 4 117 000 Tonnen, 1913 4 730 000 Tonnen. Die Ausfuhr an Roheisen betrug im März zwar: 1913 77 216,7 Tonnen gegen 81 002,5 Tonnen in 1912, dagegen im Februar 75 979 Tonnen in 1913 gegen 57 328,4 Tonnen in 1912.

Unter welchem Druck sonst die Unternehmungslust während des letzten Quartals stand, beweist auch die Emissionsstatistik, vor allem in dem Teile, der sich auf die Neugründungen und Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung bezieht. Die Gesamtsumme hierfür belief sich im ersten Quartal (in Mk. 1000) auf: 1909 297 758, 1910 283 666, 1911 324 560, 1912 430 594 und 1913 nur 222 373. Jedes zurückliegende Jahr überholte demnach das laufende, im Durchschnitt sogar ganz gewaltig. Selbst im kritischen Jahre 1908 stellte sich die Summe der Neuinvestitionen (250,01 Millionen Mark) in Handel und Gewerbe höher. Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt, soweit speziell die Aktiengesellschaften in Frage

kommen, erläuternd zu ihrer bekannten eingehenden Statistik: „Die starke Verminderung der Neuinvestitionen ist vorwiegend darauf zurückzuführen, daß die größeren Banken und industriellen Unternehmungen, vor allem die Aktiengesellschaften, die Deckung ihres Kapitalbedarfs, jedenfalls mit Rücksicht auf die unsichere politische Lage, auf spätere Termine verschoben haben. Es ist besonders bemerkenswert, daß die Summe der Kapitalerhöhungen bei den Aktiengesellschaften von 229,13 Millionen Mark im ersten Quartal 1912 auf 58,75 Millionen Mark im entsprechenden Zeitraum 1913 zurückgegangen ist. Der größte Teil dieser Verminderung entfällt auf die Aktienbanken. Diese haben ihre Nominalkapitalien im Berichtsquartal nur um 6,82 Millionen Mark erweitert, während sie in den ersten drei Monaten des Vorjahres neue Aktien im Nominalbetrag von zusammen 96,78 Millionen Mark ausgegeben hatten. Bei den Elektrizitäts- und Gasgesellschaften, in der Metall- und Maschinenindustrie, sowie in der Montanindustrie war der Rückgang der Unternehmungslust ebenfalls auffallend stark. Eine beachtenswerte Zunahme des Kapitalbedarfs der bestehenden Gesellschaften ist lediglich in der chemischen Industrie eingetreten. Für Neugründungen von Aktiengesellschaften wurden im ersten Quartal d. J. 58,34 Millionen Mark angefordert gegen 73,67 Millionen Mark in der vorjährigen Vergleichsperiode. Bei den Banken beliefen sich die Neugründungen auf 5 Millionen Mark, das sind 35,50 Millionen Mark weniger als im Vorjahre. Im Verkehrsgewerbe und in der Gruppe der Elektrizitäts- und Gasgesellschaften war eine erhebliche Steigerung des für Errichtung neuer Aktienbetriebe aufgewendeten Kapitals zu verzeichnen.“

Die Reichsbank hat die Quartalschlußwoche ungefähr so überstanden, wie man allgemein erwartete: in überaus starker Anspannung, aber immerhin ohne neue kritische Zwischenfälle. Gegen die Vorwoche stieg der Notenumlauf (am 31. März 2 324 746 000 Mk.) nochmals um 544 486 000 Mk., während sich der Metallbestand (1 207 417 000 Mk.) um 30,3 Millionen Mark verminderte. In die Notensteuer ist das Institut diesmal am 31. März mit 338,38 Millionen Mark geraten, gegen 150,31 Millionen Mark in 1912 und 93,70 Millionen Mark in 1911. An eine Herabsetzung des hohen Diskontes von 6 Proz. ist deshalb vorläufig nicht zu denken, obwohl der Privatdiskont nach der Ueberwindung des Ultimoterminals überraschend schnell sich ermäßigte.

Berlin, 8. April 1913.

Max Schippel.

Statistik und Volkswirtschaft.

Ein absterbendes Bergrevier.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus und dem Eisenbahnminister liegen zurzeit Petitionen der niederschlesischen Mitglieder des Bergarbeiterverbandes vor, auf Herabsetzung der Eisenbahntariffsätze auf Steinkohlen, Koks und Briketts. Die Petitionen sind mit über 15 000 Unterschriften bedeckt; eine Reihe Kommunalverwaltungen sowie kaufmännische Korporationen haben in besonderen Eingaben die Petition befürwortet. Die schwarzen und gelben Konkurrenzorganisationen sowie der bergbauliche Verein für Niederschlesien haben besondere Petitionen eingereicht, die denselben Zweck verfolgen.

Danach betrug in

	Niederschlesien		Oberschlesien		Ruhrrevier	
	Zahl der Arbeiter	Fördermenge	Zahl der Arbeiter	Fördermenge	Zahl der Arbeiter	Fördermenge
1888	13 974	3 193 012	40 870	14 449 272	102 195	33 223 614
1890	15 841	3 204 734	48 321	16 870 886	123 984	35 469 290
1895	17 834	3 877 139	52 388	18 066 401	150 212	41 145 744
1900	22 146	4 767 454	68 425	24 829 284	220 031	59 618 900
1901	24 107	4 709 180	77 183	25 251 943	236 789	58 447 657
1902	24 061	4 569 686	79 179	24 485 368	236 543	58 038 594
1903	24 553	4 920 180	82 213	25 265 147	248 120	64 689 594
1904	25 282	5 525 155	83 891	25 417 911	262 037	67 533 681
1905	25 562	5 304 480	85 940	27 014 708	259 608	65 373 531
1906	25 038	5 408 056	88 930	29 659 656	270 288	76 811 054
1907	25 792	5 579 702	94 367	32 223 030	294 101	80 182 647
1908	26 592	5 623 882	104 865	33 966 323	324 895	82 664 674
1909	27 812	5 619 474	115 908	34 655 478	330 414	82 803 676
1910	27 979	5 532 579	116 282	34 460 660	334 619	86 864 504
1911	27 988	5 646 622	117 403	36 653 790	341 716	11 329 140
3. Qua. 1912	28 990	—	—	—	—	—

Das Ruhrrevier und Oberschlesien zeigen besonders im letzten Jahrzehnt eine sprunghafte Entwicklung, die sich seit 1909 noch beschleunigt. Von Ende 1909 bis Ende 1912 steigt die ober-schlesische Arbeiterzahl um 3580 Köpfe, die des Ruhrreviers sogar um zirka 28 000, Niederschlesien dagegen zeigt im gleichen Zeitraum beispiellos Prosperität eine Abnahme um 1740 Köpfe. Genau in denselben Kurven wie Arbeiterzahl und Fördermenge bewegt sich auch die Entwicklung des Lohnes. Dieser beträgt in

	Niederschlesien	Oberschlesien	Ruhrrevier
1888 . . .	2,04 Mk.	1,85 Mk.	2,69 Mk.
1900 . . .	3,— "	3,12 "	4,18 "
1912 3. Quart.	3,43 "	3,68 "	5,10 "

Der Stillstand der Fördermenge deutet schon auf Abschwierigkeiten für die niederschlesische Kohle. Tatsächlich wurde auch durch die Einführung des heute geltenden Kohstofftarifs und die geringeren Transportkosten der Wasserwege der niederschlesische Markt wesentlich eingeschnürt zugunsten besonders der englischen und der Ruhrkohle. Vom Berlin-Brandenburger Markt, der für die niederschlesische Kohlenindustrie eine Lebensfrage ist, wird die niederschlesische Kohle allmählich ausgeschaltet. Während seit 1900 der englische Anteil an der Berliner Kohlenversorgung von 460 000 auf 1 562 000 Tonnen, der des Ruhrreviers von 288 000 auf 463 000 Tonnen stieg, ging der niederschlesische Anteil von 323 000 auf 286 000 Tonnen zurück. In derselben Weise macht sich die Zurückdrängung der niederschlesischen Kohle auch in der Provinz Brandenburg und der Lausitz geltend. Die englische und die Ruhrkohle ziehen erheblichen Nutzen aus dem Großschiffahrtsweg Stettin-Berlin; die Ruhrkohle hat außerdem wesentlich niedrigere Eisenbahntariffätze. Im nieder- und mittelschlesischen Markt sowie in Nordböhmen dringt mehr und mehr die ober-schlesische Kohle ein auf Kosten der niederschlesischen, die ihre großen Mengen Staubkohlen (65 Proz. der Förderung) bei den hohen Tariffätzen nicht abzusetzen weiß, während die ober-schlesische Staubkohle, die nur zirka 35 Proz. der Gesamtförderung ausmacht und die Rentabilität der Gruben infolge der überragenden Menge an Hartkohle nicht berührt, unter den Gestehungskosten auf das Absatzgebiet der niederschlesischen Kohle geworfen wird. Hätte die niederschlesische Kohlenindustrie niedrigere Tariffätze, dann könnte sie ihre

großen Mengen Staubkohlen auch auf den Fernmarkt werfen und könnte auch auf dem Berlin-Brandenburger Markt konkurrenzfähig bleiben.

Niedrigere Tariffätze bedeuten für Niederschlesien Stärkung der Konkurrenzfähigkeit, Steigen der Fördermenge und der Arbeiterzahl. Mittelbar natürlich auch Steigerung der Löhne. Dafür sorgt dann schon die Organisation, daß die Lohnhöhe nicht lediglich vom sprichwörtlichen guten Willen der Grubenherrn abhängt; und zum übrigen sorgt die Abwanderungsgefahr dafür, daß bei günstiger Marktlage die niederschlesischen Bergarbeiterlöhne der Lohnhöhe des Ruhrreviers angepasst werden. Nur höhere Löhne und bessere Ernährung können der Verelendung entgegenwirken, und weil wir höhere Löhne und eine Gesundung der niederschlesischen Volkswirtschaft anstreben, deshalb sind wir durch unsere Petition an erster Stelle mit dabei, die Vorbedingungen zu schaffen für eine normale Entwicklung des niederschlesischen Bergbaues, die nicht lediglich im Interesse der Grubeneigentümer, sondern im Allgemeininteresse liegt.

Eine andere Frage ist ja, ob Abgeordnetenhaus und Minister offene Augen für das Elend der niederschlesischen Bevölkerung und den guten Willen haben, es einzudämmen; ob nicht die starken Männer des rheinisch-westfälischen und des ober-schlesischen Syndikats aus selbstsüchtigen Motiven jede TarifiermäÙigung hintertreiben. Dann hätten allerdings auch sie und die Regierung die Verantwortung zu tragen für das wachsende Elend und die anbrechenden Verzweiflungs-kämpfe der niederschlesischen Arbeiterschaft.

Waldenburg i. Schl. R. Ditteroth.

Soziales.

Akademische Unterrichtskurse für Arbeiter.

Seit einer Reihe von Jahren sind in den deutschen Universitätsstädten studentische Organisationen entstanden, die eine Ergänzung der bestehenden Arbeiterbildungsinstitute darstellen. Die Kurse, welche meist den Titel „Unterrichtskurse für Arbeiter“ oder ähnlich führen, bezwecken in völlig neutraler Weise Elementarunterricht an Arbeiter zu erteilen und dadurch zugleich ein gegenseitiges Kennen- und Verstehenlernen zwischen der Arbeiterschaft und den zukünftigen Vertretern der akademischen Berufe zu ermöglichen. Es kann mit Freude konstatiert werden, daß diese Vereine, welche sich im „Verband akademischer Arbeiterunterrichtskurse Deutschlands“ zusammengeschlossen haben, ihrem Programm treu geblieben sind und sich jedes Uebergriffs auf Gebiete wie Religion und Politik enthalten haben, die den Keim zu Meinungsverschiedenheiten und Zerrwürfnissen in sich tragen. Infolge dieser klugen Beschränkung auf die Elementarfächer — vorwiegend Rechnen, Deutsch, Schreiben —, die über Weltanschauung und Partei erhaben sind, und durch die strenge Beobachtung der Neutralität auch außerhalb des Unterrichtsstoffs haben die Kurse sich das Vertrauen aller Arbeiterrichtungen erworben und in stetiger Arbeit eine ständig wachsende Mitgliederzahl aus der arbeitenden Bevölkerung geschaffen, Arbeiter und Arbeiterinnen, die gern die Gelegenheit benutzen, altes Wissen aufzufrischen und sich zugleich neues als Vorschule aller höheren Geistesbildung zu erwerben. Freilich ist die Besucherzahl noch weit geringer, als man bei der eifrigen Propaganda der

2	Chef Frauen hatten je	8	Kinder
4	"	"	7
12	"	"	6
24	"	"	5
58	"	"	4
91	"	"	3
92	"	"	2
51	"	"	1
48	Chef Frauen waren	kinderlos.	

Bei den 190 Familien mit 4 und mehr Kindern stellen wir fest, daß nur 18 eine aus zwei Räumen bestehende Wohnung haben. Die Schlafgelegenheit sieht in diesen Familien folgende aus:

8	Familien mit	54	Personen hatten je	1	Bett
28	"	181	"	"	2 Betten
62	"	435	"	"	3
2	"	18	"	"	4

Einhundertzweiundvierzig Kinder aus diesen Familien schlafen ohne Bett, auf dem kalten Zimmerboden, auf Lumpen oder Streu.

Die Sterblichkeit mit 35,5 pro Mille steht weit über dem Reichsdurchschnitt; die Säuglingssterblichkeit stand mit 33,9 pro Hundert im Kreise Waldenburg und 41 pro Hundert im Nachbarkreis Landeshut jahrzehntelang an höchster Stelle. Von den unehelich Geborenen starben 1910 im ersten Lebensjahr 45 pro Hundert. Die Zahl der Totgeburt (das untrügliche Kennzeichen für die rachitische Erkrankung der Mutter in ihrer Jugend) ist doppelt so hoch wie der Reichsdurchschnitt. Von den unterstützungsberechtigten Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes in Niederschlesien waren laut ärztlicher Eintragung auf dem Krankenschein 26 Prozent Lungenkrank. Die Jugend ist im breitesten Umfang der Tuberkulose und der Rachitis verfallen. Die schulärztliche Untersuchung ergab 1910 in der Stadt Waldenburg 86,1 Prozent erkrankte Kinder. Dabei stehen die Schulverhältnisse der Stadt Waldenburg in hygienischer Hinsicht weit über denjenigen der großen Bergarbeiterdörfer. Auch sind die Waldenburger Schulen mit einem starken Prozentsatz gutgenährter Bürgerkinder durchsetzt, so daß der Schluß zulässig ist, daß es mit der Gesundheit der Bergarbeiterjugend noch viel schlimmer bestellt ist.

Diese unbestreitbaren Merkmale der Verelendung sind durchaus nicht etwa ausschließliche Folgen der bergmännischen Arbeit. Ein Vergleich mit anderen Bergbaurevieren zeigt erst die Größe der Verelendung der niederschlesischen Bevölkerung. So hatten im Durchschnitt der Jahre 1886—1900 nach Pyszka: „Bergarbeiterbevölkerung und Fruchtbarkeit“, München 1911, bei Virk u. Co.:

	Sterbefälle pro 1000	Säuglingssterblichkeit vom Hundert	Von je 100 Einwohner waren unter 14 Jahren
Ruhrrevier (14 Kreise)	23,7	16,8	39,3
Saarrevier (3 Kreise)	21,6	15,4	38,8
Oberschlesien (4 Kreise)	29,1	21,4	40,7
Niederschlesien (Kr. Waldenburg)	35,5	33,9	32,1

Diese nackten Zahlen zeigen kraft, wie verheerend der bethlehemitische Kindermord der kapitalistischen Kultur in Niederschlesien gewirkt hat. Verglichen mit diesem Revier des Elends und der Degeneration ist selbst das fufselberpöfelte Oberschlesien eine unversiegbare Lebensquelle.

Die eingehende Schilderung dieser Verelendungserscheinungen bildet den düsteren Hintergrund der erwähnten Petition. Diesem Elend und der Massenabwanderung kann nur begegnet werden durch eine wesentliche Steigerung der Arbeiterlöhne. Wenn die Organisation bisher Lohnsteigerungen verlangte und die Forderung mit der Unterernährung breiter Bevölkerungsschichten und den rapid steigenden Lebensmittelpreisen begründete, dann begegnete man regelmäßig den alten Lebenshütern des Unternehmertums: Erstens sei die Notlage der Bergarbeiter und die Verelendung eine sozialdemokratische Erfindung; zweitens seien die Grubenbesitzer gar nicht in der Lage, die Löhne zu erhöhen, da die Marktlage sehr schlecht sei; einzelne Gruben mühten mit Zubußen arbeiten, andere erzielten nur eine magere Verzinsung. Die Erfüllung der Arbeiterforderungen würde den Ruin des Bergbaues herbeiführen. Und weil man in den Forderungen der Arbeiter nur die Folgen der sozialdemokratischen Verheerung sah, gründete man Mitte der neunziger Jahre schon die „reichstreuen“ Vereine, die ersten gelben Organisationen in Deutschland, als Gegengift gegen die rote Verheerung. Das Resultat war: wachsende Verelendung und Stagnation des niederschlesischen Bergbaues; dazu eine bedauerliche Demoralisierung zahlreicher Arbeiter durch die gelbe Seuche, die Kriecherei und Denunziantentum als höchste Mannestugend ausgab.

Die Grubenherrn waren anderthalb Jahrzehnte wie gelähmt vom roten Schrecken und übersehen dabei alle ökonomischen Realitäten. Die Ursache des Stillstandes der Entwicklung im niederschlesischen Bergbau sahen sie nicht in der greifbaren Veränderung des wirtschaftlichen Untergrundes, sondern einzig in der Erstarkung der Arbeiterbewegung. Diese galt es mit allen Mitteln niederzuhalten, wenn man über Wasser bleiben wollte. Auf diesen Trugschluf waren alle angewandten Mittel zugeschnitten, die in der Gründung gelber Organisationen und in der systematischen Handhabung des Terrors gegen jeden als Sozialdemokraten bekannt werdenden Arbeiter gipfelten.

Von einem Bankerott des niederschlesischen Bergbaues kann absolut keine Rede sein; eine bescheidene Lohnerhöhung wäre auch heute schon möglich, fintenmalen einige Gruben bei reichlicher Abschreibung noch eine Ausbeute von 180 bis 250 Mk. pro Kuxe verteilen. Allerdings kommt eine solche Ausbeute bei weitem nicht den fetten Gewinnen der weisfällischen und obereschlesischen Gruben gleich, die auch von den niederschlesischen Grubenmagnaten als „normale“ Verzinsung des Anlagekapitals betrachtet werden. Aber die Stagnation des niederschlesischen Bergbaues mit seiner unerquidlichen Rückwirkung auf die Erwerbsverhältnisse muß zugegeben werden; ja wir haben sogar 10 Jahren in der Agitation darauf hingewiesen... Der Ursache dieser lähmenden Stagnation müssen wir auf den Grund gehen und ihre Beseitigung ist der Zweck der besprochenen Petition.

Bis zum Anfang des vorigen Jahrzehnts zeigte auch der niederschlesische Bergbau eine normale Entwicklung, die derjenigen des obereschlesischen und des Ruhrbergbaues parallel läuft. Mit dem Jahre 1902 verlangsamt sich die Entwicklung, um im Jahre 1905 zu fast völligem Stillstand zu kommen. Das läßt sich aus den Schwankungen der Fördermenge und der Arbeiterzahl der drei Reviere absolut sicher feststellen. Wir entnehmen die Ziffern der amtlichen „Zeitschrift für Berg-, Gütten- und Salinenwesen“.

nach Dr. A. ein Sozialdemokrat in einer Versammlung in Mecklenburg empfohlen haben soll, widerspricht den Grundsätzen einer gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation."

Die Winger im Rheingau waren überdies von jeher von der Akerisei so gut bewacht und behütet, daß bis zur fraglichen Zeit weder die sozialdemokratische noch die gewerkschaftliche Agitation an sie herankommen konnten. Die Feststellungen bezüglich der von einem „Sozialdemokraten in öffentlicher Versammlung“ empfohlenen Sabotage ergaben folgendes:

In dem mecklenburgischen Städtchen Sülze fand am 16. April 1912 eine vom Gauverband „Vaterländischer Arbeitervereine“ einberufene Versammlung statt, in der ein Herr Feuer-Berlin über die Ziele der vaterländischen Vereine sprach. Anderen Tags fand dann eine weitere Zusammenkunft statt, in der die „Gründung“ eines vaterländischen Vereins vorgenommen werden sollte. In dieser Zusammenkunft nun ist die Aeußerung von „Mieten abbrennen“ von einem Arbeiter gemacht worden, der noch nie gewerkschaftlich oder politisch organisiert war, allgemein dagegen als Querculant und unzurechnungsfähiger Mensch bekannt ist, und den man zum Eintritt in den vaterländischen Arbeiterverein aufgefordert und zur Besprechung eingeladen hatte.

Das sind die einwandfreien Tatsachen, die dem Beauftragten des königlichen Preussischen Landes-Oekonomie-Kollegiums dazu dienen mußten, der Sozialdemokratie und den Arbeiterorganisationen den unerhörten Vorwurf der Sabotage zu machen. Der Versuch zu kneifen, der in der Antwort auf die Anfrage des sozialdemokratischen Parteivorstandes unternommen wird, steht auf derselben Höhe wie das berebte Schweigen der Scharfmacherblätter auf die neuerdings geschehene Festnagelung ihrer Verleumdungen durch den Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften. —

Soweit nach dem Organ des Landarbeiterverbandes. Diese Sabotageaffäre endet für die Urheber demnach ebenso unrühmlich, wie die von Prof. Bernhard gegen die industriellen Arbeiter erhobenen Vorwürfe der Sabotage. Wie Bernhard die Angaben der Scharfmacher für bare Münze nahm, so hier der Mitarbeiter des Preussischen Landes-Oekonomie-Kollegiums die notorischen Lügen der gelben Presse. So lange die Waffenträger der Reaktion sich nicht auf reinere Quellen beziehen können, sollten sie sich lieber mit der gemeingefährlichen Sabotage der kapitalistischen Profitjäger beschäftigen, die Tausende Ballen Kaffee, Baumwolle, Getreide usw. vernichten, um die Preise künstlich zu steigern. Die organisierten Arbeiter Deutschlands lehnen grundsätzlich die Sabotage als eine unmoralische, kulturfeindliche und verbrecherische Handlung ab. Aber sie haben ein Recht zu fordern, daß zum mindesten nicht in offiziellen Reden und Schriften Sabotage gegen die Wahrheit geübt wird.

Arbeitslosenbildung.

Zu den warm empfundenen allgemeineren Vorschlägen des Genossen Reichmann dürften vielleicht die folgenden Ausführungen eine gewisse Ergänzung bilden. Es ist mir von Arbeitslosen, denen ich die Benutzung allgemeiner Bildungsmittel empfahl, erwidert worden, daß man in dieser Zeit nicht zum Studieren oder zum Museumbesuch aufgelegt sei. Trotzdem möchte ich auf die Tatsache hinweisen, daß,

wenn ich mich recht entsinne, im September 1910 in Kiel von ausgesperrten Metallarbeitern gemeinsame Ausflüge veranstaltet wurden; zur Abhaltung von Vorträgen ist es, soviel ich weiß, damals nicht gekommen. Die Anregung zur Bildung kann aber, wie mir scheint, unter allen Umständen gegeben werden, indem man die Öffnungszeiten von allgemein zugänglichen Bibliotheken, Museen auf kleinen Karten zusammenstellt und jedem Arbeitslosen überreicht; da wo Lesezimmer und täglich geöffnete Bibliotheken der Arbeiterschaft bestehen, könnte auf diese Einrichtungen besonders hingewiesen werden. Auch wäre bei Aussperrungen in kleineren Orten die Möglichkeit ins Auge zu fassen, die Bibliotheken während dieser Zeit häufiger bzw. länger als gewöhnlich offenzuhalten.

Da wo Mittel und Kräfte zur Verfügung stehen, könnten dann überdies die üblichen Veranstaltungen, Vorträge, Vorlesungen getroffen werden, tunlichst unter freiem Himmel, etwa im Walde. Wie weit die Einrichtung solcher Bildungsgelegenheiten eine ständige werden kann, welche besonderen Themata und Gebiete für die Vorträge ins Auge zu fassen wären, und manche andere Frage wird sich wohl endgültig nur an Hand der Erfahrung beantworten lassen. Wenn die in Betracht kommenden Stellen mit mir der Meinung sind, daß für einen Versuch die jetzige Jahreszeit die günstigste ist, so können binnen kurzem ja schon praktische Erfahrungen und Erfolge über diesen wichtigen Teil der Bildungstätigkeit vorliegen.

J. Hanauer-Berlin.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Wie wir dem „Korrespondent“ entnehmen, tritt der Tarifausschuß der deutschen Buchdrucker am 21. April in Berlin zusammen, um zu einer Reihe von Fragen tariflicher Natur Stellung zu nehmen. Insbesondere sollen die Vorgänge auf tariflichem Gebiete während der laufenden Tarifperiode besprochen werden.

Vom Organ des Fabrikarbeiterverbandes, „Der Proletarier“, wurde die Nr. 14 als Agitationsnummer herausgegeben. Es werden die Verhältnisse der einzelnen zum Verbandsgebiet gehörenden Industriezweige besprochen und den Arbeitern die Notwendigkeit der Organisation gezeigt. Von besonderem Interesse ist die Darstellung der Entwicklung in der chemischen Industrie; an der Hand eines reichhaltigen Zahlenmaterials wird nachgewiesen, daß in 30 Jahren der Unternehmerprofit sich um 97,6 Proz. steigerte, während die Arbeiterlöhne nur um 51,9 Proz. stiegen. Von 1900 bis 1911 stiegen die Kosten des Lebensunterhalts um 27 Proz., der Arbeitslohn aber nur um 19 Proz., während der Unternehmerprofit um 39 Proz. gesteigert wurde.

Die Glasarbeiter halten vom 30. Juni bis 5. Juli in Leipzig ihren ordentlichen Verbandstag ab, auf dem die Verschmelzungsfrage zur Entscheidung kommen wird. Zur gleichen Zeit tagen ebenfalls in Leipzig die Verbandstage der Porzellanarbeiter und Töpfer, die sich mit der gleichen Angelegenheit beschäftigen werden. Wahrscheinlich dürfte als Ergebnis dieser drei Tagungen der keramische Industrieverband hervorgehen, zu welchem Zweck eine eventuelle gemeinsame Tagung der drei Verbandstage in Aussicht genommen ist, sofern die berufenen Verbandstage die Zustimmung zur Verschmelzung erteilen.

Der Vorstand des Landarbeiterverbandes hat dem Reichstage eine Petition um eine reichsgesetzliche Regelung

Bereine erwarten sollte. An der Zurückhaltung mögen vielfach alte Vorurteile schuld sein, Unkenntnis darüber, daß auch in der Studentenschaft sich, wenn auch vorerst vereinzelt, neue Kräfte und Ideen regen, die den lange verloren gegangenen Anschluß an die arbeitende Bevölkerung wieder suchen. Nicht im gemeinsamen politischen Kampf, wie vor zwei bis drei Menschenaltern, sondern in schlichter, sozialer Bildungsarbeit finden sich hier Studenten und Arbeiter zusammen, lernt der Student das, was er so dringend braucht, um sich später eine eigene politische Meinung zu bilden: Kenntnis des arbeitenden Volkes aus eigener Anschauung. Sein Gewinn ist vielleicht noch größer als der des Arbeiters, der seine Bildung vermehrt. Wir aber können auch von unserem Standpunkt, von unserem Interesse an der Arbeiterbildung aus unseren Mitgliedern die Benutzung dieser Unterrichtskurse nur empfehlen.

Arbeiterbewegung.

Sabotagevorwürfe gegen die Landarbeiter.

„Der Landarbeiter“, Organ des Landarbeiterverbandes, weist in der Aprilnummer den Versuch eines Dr. Asmis zurück, indirekt die organisierten Landarbeiter der Sabotage zu verdächtigen. Wir entnehmen dem Artikel folgendes:

In der Veröffentlichung des Preussischen Landes-Oekonomie-Kollegiums: „Wie kann den Landarbeitern besserer Anschluß in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht geboten werden?“ gestattet sich der Verfasser, ein Dr. W. Asmis, den neuerdings in Mode gekommenen Vorwurf der Sabotage gegen die Sozialdemokratie — lies: Gewerkschaften — zu erheben.

Auf Seite 11 der Schrift wird berichtet:

„Am 4. August 1912 ist unter Führung des Verbandes christlicher Gewerkschaften im Rheingau ein neuer deutscher Weinberg-, Wald- und Landarbeiterverband gegründet worden, der sich dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angeschlossen hat. Den Anstoß zu dieser Gründung hat die radikale Agitation der Sozialdemokratie, die dort bereits zu unerhörten Ausschreitungen, Weinbergszerstörungen und dergleichen geführt hatte, gegeben.“

Diese Schauermär ergänzt Herr Asmis auf Seite 15 seiner Broschüre durch eine weitere Behauptung: „Ähnliche Kampfmittel, nämlich das Abbrennen der Getreidemieten und Töten des Viehs in den Koppeln, sind kürzlich von einem Sozialdemokraten in öffentlicher Versammlung empfohlen worden; ein hübscher Ausblick, wohin der Klassenkampfstandpunkt schließlich führt.“

Der Dezernent des Preussischen Landes-Oekonomie-Kollegiums für Arbeiterfragen, Herr Dr. W. Asmis, mußte selbstredend genügend Beweise in Händen haben, wenn er derart scharf formuliert den Vorwurf der Sabotage gegen die Sozialdemokratie und, was versteckt in diesen Worten lag, gegen die Gewerkschaften erhob. Man mußte ihn daher veranlassen, mit seinen Beweisen herauszurücken. Der Vorsitzende des Kgl. Pr. Landes-Oekonomie-Kollegiums, Graf v. Schwerin-Löwisch, wurde ersucht, er möge den Verfasser der Schrift veranlassen, Titel der Agitationschriften usw. auf die er seine schwerwiegenden Vorwürfe gründet, mitzuteilen, damit eine Nachprüfung ermöglicht würde.

Darauf kam von dem Landes-Oekonomie-Kollegium folgende Antwort:

„Auf das an den Herr Vorsitzenden des Kollegiums gerichtete Schreiben vom 23. Januar d. J. erwidern wir, daß der angeführte Abschnitt auf Seite 11 sich in der Hauptsache auf einen Bericht über die Gründung des „Deutschen Weinberg-, Wald- und Landarbeiterbundes“ aus Nr. 34 des „Rheinländer“ vom 25. August 1912 stützt, welcher hinsichtlich der Weinbergszerstörungen mit schon früher veröffentlichten Berichten von anderer Seite übereinstimmt.“

Die zweite Stelle auf Seite 15 bezieht sich auf Vorgänge in einer Versammlung vom 17. April 1912 zu Sülze in Mecklenburg, über die in Nr. 18 der „Deutschen Treue“ vom 28. April 1912 kurz berichtet worden ist, und welche uns mündlich ausführlich bestätigt worden sind.

Wir bemerken noch, daß in den fraglichen Stellen in Heft 11 unserer „Veröffentlichungen“ nicht etwa behauptet ist — wie man nach Ihrem Schreiben annehmen könnte —, daß die „sozialdemokratische Partei Deutschlands“ oder der „Deutsche Landarbeiterverband“ selber zur Verübung von Ausschreitungen aufgefordert hätten. (Unterschrift unleserlich.)“

Die hier beigebrachten Tatsachen sind mehr als dürftig. Schwindelhafte Notizen in zwei Blättchen, die der Öffentlichkeit völlig unbekannt sind. Im übrigen wick das Landes-Oekonomie-Kollegium mutig zurück. Wenn Herr Asmis behauptet, ein Sozialdemokrat habe in öffentlicher Versammlung die Sabotage empfohlen, muß zweifellos jeder Leser daraus schließen, daß es sich um eine sozialdemokratische Versammlung handelt, in der ein sozialdemokratischer Redner den Vorschlag machte. Und wenn im Rheingau die „radikale Agitation der Sozialdemokratie“ den Erfolg gehabt haben sollte, daß ihre Sabotage-Aufforderungen zu den genannten Zerstörungen geführt hätten, dann konnte niemand die Sache anders auffassen, als daß hier der sozialdemokratischen Partei oder dem Verband, der die gewerkschaftliche Agitation unter den Weinberg- und Landarbeitern treibt, der schwere Vorwurf der Anreizung zur Sabotage gemacht werden sollte. Die für die Veröffentlichung des Herrn Asmis verantwortliche Stelle kneift also, wenn sie den unbegründeten Vorwurf nicht so gemeint haben will.

Was es mit der Behauptung der „radikalen Agitation“ auf sich hat, die zu den Weinbergszerstörungen geführt haben sollte, ist mittlerweile von einer Seite festgestellt worden, die sicherlich nicht im Verdacht steht, sozialistenfreundlich zu sein. Der Vorsitzende des christlich-nationalen Landarbeiterverbandes Franz Behrens schreibt in seiner Verbandszeitschrift, „Die Mundschau“, vom 8. Februar 1913:

„Schließlich mag noch Herr Dr. Asmis dahin belehrt werden, daß die Winzer im Rheinland, von denen er auf Seite 15 seiner Schrift spricht, die in einer „Lohnbewegung mehrere tausend Weinstöcke“ (übrigens ist die Zahl sehr stark übertrieben) abschnitten, nicht organisiert waren, also weder einer Gewerkschaft, einem Winzerverein angehörten und vom Klassenkampfstandpunkt nichts wußten. Es handelte sich dort lediglich um elend gelohnte Weinbergarbeiter, die bei der teuren Zeit in der sehr teuren Touristen-Rheingegend in Unwissenheit und aus Verzweiflung zu dem allerdings verwerflichen, wahnwitzigen Schritt kamen, als die Weingautbesitzer ein Entgegenkommen ablehnten. — Soviel steht fest, daß die gewerkschaftlich organisierten Weinbergarbeiter, weil sie aufgeföhrt sind, sich niemals zu solchen wahnwitzigen, zwecklosen Racheakten hinreihen lassen würden. Auch das Abbrennen von Getreidemieten, Tötung von Vieh, das

Auf der Hauptversammlung referierte der Obmann Pattermann über diese Angelegenheit. Er legte dar, wie es zu dem Beschlusse der Göddinger Ortsgruppe gekommen ist und welche Bemühungen erfolgt sind, um die Angelegenheit gütlich auszutragen. Der Referent begnügte sich, die Einsetzung einer Kommission von der Hauptversammlung zu verlangen, welche einen geeigneten Vorschlag auszuarbeiten habe.

Für die Reichsgewerkschaftskommission sprach Grünwald. Er berief sich auf die Beschlüsse der verschiedenen internationalen Tagungen, welche den Separatismus verurteilt haben und nur die centralistische Gewerkschaftskommission als berufene Vertreterin der österr. Gewerkschaften anerkannten. Demgemäß sei die Stellung der Reichsgewerkschaftskommission von vornherein gegeben. Da die separatistische Kommission als eine gegnerische Korporation betrachtet werde, sei es der Reichsgewerkschaftskommission unmöglich gewesen, auf eine Besprechung des Göddinger Beschlusses überhaupt einzugehen. Die Reichsgewerkschaftskommission steht auf dem Standpunkt, daß ihr nur ganze Verbände, nicht aber einzelne Ortsgruppen angehören können. Da der Verband der Tabakarbeiter zur Gänze der Reichsgewerkschaftskommission angehöre, können einzelne Ortsgruppen nicht nach Belieben eine Aenderung herbeiführen.

Das Mitglied der tschechoslawischen Kommission Tayerle bestritt, daß es sich um eine prinzipielle Frage handle, da auch vom Eisenbahner-Verband eine Reihe von Ortsgruppen Mährens der tschechoslawischen Kommission angehören. Da ohnehin bereits die Mehrheit der tschechischen Mitglieder des Tabakarbeiterverbandes (nämlich die von Böhmen) seit jeher der tschechoslawischen Kommission angehören, könne doch wohl auch eine andere tschechische Ortsgruppe, die in Mähren ihren Sitz hat, zu ihr übertreten. Die tschechoslawische Kommission selbst habe auf den Beschluß der Göddinger Ortsgruppe nie den geringsten Einfluß genommen und alles vermieden, was zu einem Streit hätte führen können.

Nach dem Antrage Pattermanns wurde eine Kommission gewählt, welche nach längerer Beratung den folgenden Beschluß faßte:

„Die Hauptversammlung erklärt, daß die einzig mögliche Organisationsform für die Tabakarbeiter-Gewerkschaft Österreichs die bestehende centrale Organisation ist, deren Bestand nur möglich ist, wenn den berechtigten nationalen Forderungen der Mitglieder entsprochen wird. Insbesondere ist es das Recht der Mitglieder der tschechischen Nation, sich unbeeinträchtigt zu ihrer politischen Partei zu bekennen.“

Die Hauptversammlung beauftragt den Zentralvorstand, in der nächsten Sitzung den Antrag der Ortsgruppe Gödding betreffs Beitritt zur tschechoslawischen Gewerkschaftskommission in einer Form zu erledigen, welche die Einheit der Organisation der Tabakarbeiter sichert.“

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Demnach hat die Hauptversammlung die Streitfrage selbst nicht gelöst, sondern dem Zentralvorstand überwiesen. Ob es ihm gelingen wird, eine alle Teile befriedigende Lösung zu finden, ist freilich fraglich.

Die Hauptversammlung befaßte sich ferner mit Organisation und Agitation, worüber Pattermann referierte, ferner mit den

Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den Tabakfabriken.

In Graz fand die Hauptversammlung des Vereins der Versicherungsangestellten statt. Sie befaßte sich vorerst mit organisatorischen Fragen und beschloß unter anderem die Einführung eines Widerstandsfonds. Danach wird der Grundbeitrag im Monat von 1 Krone auf 1,40 Kronen erhöht und dem Widerstandsfonds aus dem bisherigen Vereinsvermögen ein Betrag von 25 000 Kr. überwiesen. Aus dem nach der Erhöhung der Beiträge zu erwartenden Ueberschuß der Vereinsgewinnung ist alljährlich ein Betrag in gleicher Höhe dem Widerstandsfonds zu überweisen. Ueber diese Vorschläge hatte der Obmann Procznyer referiert.

Ueber Organisation und Taktik erstattete Ludwig Schwarz das Referat. Er wies darauf hin, daß der Widerstand der Unternehmungen gegenüber den Forderungen der Angestellten immer hartnäckiger werde, was die Anwendung schärferer gewerkschaftlicher Kampfmittel, wie Streik und passive Resistenz, notwendig mache.

Nach der Versammlung des Vereins fand eine Reichskonferenz der Versicherungsangestellten statt, welche sich mit allgemeinen Fragen dieser Angestellten befaßte. Es wurde über die Schaffung von Dienstpragmatiken beraten und beschlossen, dieselben in allen Versicherungsinstituten auf das nachdrücklichste zu fordern. Die Dienstpragmatiken sollen die Fragen der Arbeitszeit, des Urlaubes, der Uebernüchternährung, der Remuneration usw. lösen. Die Vereinsleitung wurde aufgefordert, eine Musterdienstpragmatik auszuarbeiten, sie allen Anstaltsleitungen vorzulegen und ihre Verwirklichung mit aller Kraft anzustreben. Die Reichskonferenz faßte ferner einen Beschluß, welcher gegen den von bürgerlicher Seite gemachten Versuch, in der Krankenversicherung eine Gehaltsgrenze festzusetzen, mit Entschiedenheit protestiert. Es wurde auch beschlossen, für die vollständige Feiertagsruhe bei allen Versicherungsinstituten mit Nachdruck einzutreten.

In der 3. Hauptversammlung des Centralvereines der Hut- und Filzwarenarbeiter wurden vorwiegend innere organisatorische Angelegenheiten besprochen. Den Bericht des Vorstandes erstatteten der Obmann Schauer und der Sekretär Flemisch. Nach diesen Berichten entwickelte sich der Verein zufriedenstellend, trotzdem die Separatisten eine rührige Gegenagitation entfalten. Es wurden in der Berichtsperiode fast 700 Mitglieder gewonnen und auch auf dem Gebiet des Wirtschaftskampfes gelang es, für größere Arbeitergruppen namhafte Erfolge zu erringen. Eine lange Debatte wurde über das Unterstützungswesen geführt. Nach einem Antrage des Vorstandes wurde beschlossen, gegenüber den weiblichen Mitgliedern, welche vorwiegend Saisonarbeiterinnen sind, jene Bestimmungen des Unterstützungsreglements strenger zur Anwendung zu bringen, welche den Verein vor einer allzu großen Belastung schützen. Dieser Beschluß war durch die starke Inanspruchnahme der Kasse durch die während der Nichtsaison arbeitslos gewordenen weiblichen Mitglieder notwendig geworden. Eine interessante Debatte wurde am Schlusse der Generalversammlung über die Schäden geführt, die der Alkoholmißbrauch für die Organisation herbeiführt. Es wurde eine straffe Handhabung jener statutarischen Bestimmungen beschlossen, die sich

des Landarbeiterrechts unterbreitet. In der Petition wird der Reichstag gebeten, den Bundesrat um die baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, durch den unter Aufhebung der einzelstaatlichen Bestimmungen das gesamte Gebiet des Landarbeiterrechts durch ein einheitliches Reichsgesetz geregelt wird. Nach einer eingehenden Begründung dieser Forderung entwickelt die Petition die Grundsätze des zu schaffenden Landarbeiterrechts nach der Resolution der ersten Generalversammlung des Deutschen Landarbeiterverbandes wie folgt:

Dieses Landarbeiterrecht hat

a) den in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern und dem Gesinde das Recht zu gewährleisten, zur Wahrung und Förderung von Berufs- und Standesinteressen, namentlich zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit, Vereinigungen zu bilden und Verabredungen zu treffen, das heißt:

volle, unbeschränkte Koalitionsfreiheit für alle Land- und Forstarbeiter.

b) Das Landarbeiterrecht hat ferner die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung fordern;

insbesondere wirksame gesetzliche Schutzvorschriften zu enthalten für alle in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, Verbot der Erwerbsarbeit der Kinder unter 14 Jahren, Schutz der Jugendlichen, ausreichender Wöchnerinnen-schutz, Verbot aller Sonntagsarbeiten, die nicht durch die Natur des landwirtschaftlichen Betriebes unbedingt erforderlich sind.

c) Die Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen ländlichen Arbeitern und deren Arbeitgeber sowie aus dem Gesindeverhältnis sind Gerichten zu überweisen, die nach Art und in Anlehnung an die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu errichten sind.

d) Die Anrechnung der für Pacht- und Deputatland aufgewendeten Arbeit und des Nutzwertes des Ertrages bei der Lösung des Arbeitsvertrages ist durch eine Entschädigung in Geldwert sicherzustellen.

e) Auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung wird gefordert Gleichstellung mit den gewerblichen Arbeitern, Ersatz der Landkrankenassen durch Ortskrankenassen beziehungsweise Bezirkskrankenassen.

f) Errichtung gesunder Arbeiterwohnungen durch den Staat, die Gemeinden oder durch staatlich unterstützte oder kontrollierte Institutionen unter Fortfall aller Maßnahmen, die den Landarbeiter in der freien Verwendung seiner Arbeitskraft beschränken oder ihn wirtschaftlich oder politisch abhängig machen.

g) Schließlich Beseitigung des Legitimationsartenzwanges für ausländische Arbeiter.

Die „Graphische Presse“, Organ des Verbandes der Lithographen und Steindrucker, konnte am 1. April auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken. In einer typographisch wie inhaltlich vornehm ausgestatteten Jubiläumsnummer gibt das Blatt ein Resümee seiner eigenen Entwicklung, die mit der des Verbandes natürlich eng zusammenfällt. Hermann Müller schreibt über die „Vorläufer der Graphischen Presse“ einen interessanten Beitrag, der die künstlerischen Anschauungen, die früher in den Kreisen der Berufskollegen herrschten, wieder ans Tageslicht bringt. Auf einem Kongreß 1873 wurde die Herausgabe eines eigenen Organs beschlossen, das die gewerkschaftlichen Interessen vertreten sollte, während zuvor die Berufskollegen in einem in Ham-

burg erscheinenden fachtechnischen Blatt eine geistige Verbindung hatten. Der erste Redakteur des selbständigen Blattes „Senefelder Bund“ fiel über seine klare gewerkschaftliche Haltung, die den Nürnberger Bundesmitgliedern nicht gefiel. Nürnberg als Vorkort des Bundes annullierte einfach die Beschlüsse der Generalversammlung, die die gewerkschaftliche Haltung des Blattes akzeptiert hatte, und der Redakteur wurde bei der Ausschlußwahl beseitigt. Seinen Nachfolger erreichte das gleiche Schicksal, weil er einem Artikel von Geib über den Normalarbeitstag Aufnahme gewährte. Bis schließlich kurz vor dem Erlass des Sozialistengesetzes die Organisation selbst ihren gewerkschaftlichen Charakter aufgab und zu einer bloßen Unterstüßungsstasse umgestaltet wurde. Erst mit der Gründung der „Graphischen Presse“ durch Conrad Müller am 1. April 1888 bekamen die Lithographen und Steindrucker wieder ein gewerkschaftliches Organ.

Die zu überwindenden Schwierigkeiten schildert Conrad Müller in einem kurzen Artikel. Es war unter dem Sozialistengesetz schwer, einen Drucker zu finden, von den Schwierigkeiten der Verbreitung des Blattes gar nicht zu reden. Bis 1902 war das Blatt Privatigentum, seitdem erscheint es im Eigenverlag des Verbandes. Ueber die „Graphische Presse“ als Verbandsorgan schreibt Paul Barthel, der jetzige Redakteur des Blattes, der auch seiner Vorgänger in der Redaktion gedenkt. Auch die übrigen Beiträge sind recht lesenswert.

Die 10. ordentliche Generalversammlung des Töpferverbandes, die am 30. Juni in Leipzig zusammentritt, wird sich außer mit der Verschmelzungsfrage auch mit den gewerblichen Gesundheitsgefahren der Töpfer in den Werkstätten und auf Bauten beschäftigen. Das Referat hat Genosse G. Heineke übernommen.

Die Abrechnung des Verbandes der Zivilmusiker für das vierte Quartal ergibt einen Kassenbestand am Jahresabschluß von 48 306 Mark. Die Ausgaben im Quartal bezifferten sich auf 9058 Mk.

Kongresse.

Oesterreichische Gewerkschaftskongresse.

Während der Osterfeiertage fanden einige bedeutende Gewerkschaftskongresse statt.

In Wien tagte die Hauptversammlung der Gewerkschaft der Tabakarbeiterinnen und Tabakarbeiter. Der Verlauf dieser Tagung gewann ein besonderes Interesse durch den Umstand, daß sie genötigt war, zur Frage des Separatismus Stellung zu nehmen. Veranlaßt wurde diese Stellungnahme durch den Beschluß der Ortsgruppe Göding in Mähren, aus der centralistischen Reichsgewerkschaftskommission auszutreten und sich der tschechoslawischen Gewerkschaftskommission in Prag anzuschließen. Dieser Beschluß stammt schon aus dem Jahre 1910. Es wurden seitdem wiederholt Versuche gemacht, die Gödinger Tabakarbeiter von diesem Beschlusse abzubringen und sie zu bewegen, ebenso wie die anderen mährischen Ortsgruppen des Verbandes in der centralistischen Gewerkschaftskommission zu bleiben. Die Versuche, den Gegensatz zwischen der Ortsgruppenleitung und der Verbandsleitung zu überbrücken, blieben leider ergebnislos und die Ortsgruppe faßte im Jahre 1912 abermals den Beschluß, aus der centralistischen Kommission auszutreten.

ein Ganzes und enthalte keine Verschlechterungen für die Arbeitgeber. Sie würden ihre abgelehnten Abänderungsanträge sonst ebenfalls einbringen müssen, das aber bedeute die neue Aufnahme der bereits wochenlang gepflogenen Verhandlungen. Schließlich erklärten sich die Parteien bereit, in einer Kommission zu versuchen, unter Aufrechterhaltung des verhandelten Tarifmusters etwa bestehende Mißverständnisse oder Unklarheiten zu beseitigen.

Die Verhandlungen wurden am 9. April, nachdem sich die Parteien über einige Erläuterungen zum Tariffschema, besonders über die Bestimmungen zu den paritätischen Arbeitsnachweisen, zur Frage der allgemeinen oder tariflichen Lohnhöhung u. a. geeinigt hatten, abgebrochen. Sie scheiterten, weil die Arbeitgeber ein Lohnangebot von 3 Pf. für die ganze dreijährige Tarifdauer machten, als noch unter die Schiedssprüche herunterzugehen beabsichtigten. Dies lehnten die Gehilfenvertreter grundsätzlich ab, stellten jedoch fest, daß sie für einen Teil der Lohngebiete die Schiedssprüche akzeptieren würden, für einen anderen Teil aber über diese hinausgehen müßten, nachdem durch die grundlose Aussperrung die Situation wesentlich verschoben worden sei und zahlreiche einzelne und korporative Tarifverträge bereits zu besseren Bedingungen als die Schiedssprüche vorsehen, abgeschlossen wären. D. St.

Aus Unternehmerkreisen.

Von den Industriellen in der Pfalz.

Was lange währt, wird endlich gut. So mochten die Scharfmacher unter den pfälzischen Industriellen denken, als sie sich am 9. März in Neustadt an der Haardt, der Perle der Pfalz, zu einem Stelldehnen einfanden, um Anschluß zu suchen an den bekannten Verband der Bayerischen Industriellen. Dieser Verband ist ja seit langem berühmt wegen seiner Scharfmacherpraktiken. Wo eine Lohn- oder andere Bewegung der Arbeiter notwendig wird, da erscheint auch der bayerische Verband der Industriellen auf dem Platze und übt seinen keineswegs dem Frieden dienenden Einfluß aus. In der Pfalz sind in den letzten Jahren an verschiedenen Stellen lebhafteste Lohnkämpfe zu verzeichnen gewesen. Wir erinnern nur an die Lohn- und Tarifkämpfe der Schuhmacher in Pirmasens, der Metallarbeiter in Kaiserslautern, der Hafens- und Anilinarbeiter in Ludwigshafen usw. Von den vielen Einzelkämpfen wollen wir dabei schweigen. Besonders in Ludwigshafen sind zeitweise die Wogen des Kampfes hoch gegangen und ganz besonders war das der Fall, als der Kommerzienrat Ludovici in der Plenarversammlung der Pfälzischen Kammer den die Arbeiterschaft aufpeitschenden Ausspruch tat:

„Der Arbeitswillige sei eine heilige Person und er müsse geschützt werden und wenn es Blut koste.“

Der Hauptredner der Tagung in Neustadt, Herr Syndikus Dr. Kühle ging davon aus, daß unser Jahrhundert nicht nur im Zeichen des Verkehrs, sondern auch im Zeichen der Organisation stehe. Die Arbeiter seien uns in dieser Beziehung vorangegangen und hätten uns durch ihr Beispiel gezeigt, was Einigkeit der Berufsstände vermöge. Die Organisation des industriellen Unternehmertums sei noch sehr jungen Datums, die meisten größeren Arbeitgeberverbände seien erst wenige Jahre alt. Auch die bayerische Industrie sei bis vor 11 Jahren ohne eigentliche Centralorganisation gewesen. Der im Frühjahr 1902 gegründete Bayerische Industriellen-Ver-

band habe mit 30 Mitgliedern bescheiden angefangen, heute umfasse er mit den angeschlossenen Verbänden ca. 3000 Firmen, über 90 Prozent der gesamten bayerischen Industrie. Der Verband habe aber auch durch seinen Einfluß und seine Tätigkeit manche erfreulichen Erfolge errungen und sei auf dem besten Wege, der bayerischen Industrie die ihrer wirtschaftlichen Bedeutung im Lande zukommende Stellung zu erringen. Die rheinpfälzische Industrie habe sich dem Verband gegenüber bisher etwas zurückhaltend gezeigt; wenn sich auch ungefähr 100 Firmen der Rheinpfalz als Mitglieder dem Bayerischen Industriellen-Verband anschlossen, so diese Zahl doch noch klein im Verhältnis zur Bedeutung und dem Umfang der pfälzischen Industrie. Es sei ja begreiflich, daß die Pfälzer infolge ihrer räumlichen Entfernung vom Mutterlande lieber bei ihren Nachbarn Anschluß suchten, deren Interessen auch den ihrigen parallel seien; doch dürste nicht vergessen werden, daß alle wichtigen Entscheidungen auch für die Pfalz in München getroffen würden. Dort werden die bayerischen Gesetze gemacht und dort wird über das Wohl und Wehe der bayerischen Industrie entschieden. Das Lebensinteresse der pfälzischen Industrie erfordere also einen engen Anschluß an die berufene Vertretung der bayerischen Industrie, den Bayerischen Industriellen-Verband, der allein im Stande sei, seinen Einfluß auf die bayerische Gesetzgebung im Interesse der bayerischen und damit auch der pfälzischen Industrie geltend zu machen. Der Redner sprach sich dann ausführlich über alle aktuellen Fragen der Handelspolitik, Sozialpolitik, Verkehrspolitik, Wasserstraßen, Wasserkräfte und vieles andere aus, was innerhalb der Interessensphäre der bayerischen Industrie liegt und setzte in jedem einzelnen Falle den vom Bayerischen Industriellen-Verband eingenommenen Standpunkt auseinander. Auch verbreitete er sich ausführlich über die Tätigkeit und das Arbeitsprogramm des Verbandes.

Da hinter verschlossenen Türen verhandelt worden ist, läßt sich ja nicht sagen, wie der Redner sich z. B. über das Kapitel „Sozialpolitik“ ausgelassen hat. Man geht aber wohl nicht fehl in der Annahme, daß er dem Reichskurs, den Delbrück und Genossen seine Lebenswürdigkeiten gesagt hat.

Den Vorstand des neuen Verbandes bilden natürlich die Größen der Industrie. Den Vorsitz führt Kommerzienrat Uhe vom Eisenwerk in Kaiserslautern. Ferner sitzen im Vorstand ein Vertreter der Zudersfabrik Frankenthal und Kommerzienrat Kückenmüller von der Badischen Anilin- und Sodafabrik. Einer unserer besten Agitatoren unter den pfälzischen Industriellen, Herr Kommerzienrat Ludovici von der weltbekannten Walzmühle figuriert nicht unter den Vorstandsmitgliedern. Er hat sich wahrscheinlich absichtlich ferngehalten bzw. nicht wählen lassen, um keine Erinnerungen heraufzubeschwören. Dafür wird der Herr aber um so eifriger und energischer in den geheimen Sitzungen seine Pläne vortragen und durchzusetzen sich bemühen — getreu seinen in der pfälzischen Handelskammer proklamierten Grundsätzen. Daß Herr Ludovici bei seinen Kollegen Zustimmung und Begeisterung für seine schwarzen Pläne finden wird, daran darf nicht gezweifelt werden. Bei deren Durchführung werden die Herren Scharfmacher in der Pfalz aber auf den schärfsten Widerstand der organisierten Arbeiterschaft stoßen. Wie die Industriellen, so haben auch die Arbeiter ein Programm, für das sie bis zum äußersten kämpfen werden. Mögen die Herren Scharfmacher nur kommen!

L. R.

gegen solche Mitglieder richten, welche durch Trunksucht ihre Arbeitsplätze verlieren oder das Ansehen der Organisation schädigen.

Ebenso, wie die Versammlung der Gutarbeiter, befaßte sich die Generalversammlung der Lederarbeiter vorwiegend mit inneren organisatorischen Fragen. Den Tätigkeitsbericht des Vorstandes erstattete Nippel. Heber das Unterstützungswesen referierten Potuznik und Hanus. Sie führten aus, daß das jetzige Unterstützungswesen nicht zweckentsprechend sei, denn es nimmt zu wenig Rücksicht auf den Charakter der Gewerkschaft als einer Kampforganisation.

Keiner der Unterstützungsabteilungen mache der Organisation so viel zu schaffen wie die Krankenunterstützung. Die Unterstützungsätze wurden gleich von vornherein zu hoch bemessen. Die Krankenunterstützung müsse so geregelt werden, daß sie die Organisation nicht so sehr belastet, wie das bisher geschehen ist. Nur dadurch könne der Kampffonds eine Stärkung erfahren. Die Referenten empfahlen sodann den Delegierten eine Reihe von Anträgen des Centralvorstandes, die eine Reform der Krankenunterstützung bezweckten, und zwar in der Form, daß die Unterstützungsätze um etwa zwanzig Prozent verringert werden, während die Unterstützungsdauer verlängert wird.

Nach einer langen Debatte wurden diese Anträge angenommen. Eine ausführlichere Debatte verursachte ferner ein Antrag, der den Vereinsvorstand aufforderte, über eine Vereinigung der Gewerkschaft der Gerber mit den anderen Lederverarbeitenden Gewerben, insbesondere den Schuhmachern und den Riemern, zu beraten. Der Antrag wurde dem Vorstand zugewiesen.

In dieser Generalversammlung wurde bei der Besprechung der Lohnbewegungen auch darauf verwiesen, daß durch die kürzlich erfolgte Gründung eines Sohlenlederkartells der Einfluß der Unternehmer auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse beträchtlich gesteigert werden wird. Die Arbeiter müssen aus dem Zusammenschluß der Unternehmer die richtigen Folgen ziehen und alle Mittel mit Eifer anwenden, ihre Organisation zu stärken.

J. D.

Lohnbewegungen und Streiks.

Zur Aussperrung im Malergewerbe.*)

Auch in der vierten Woche des durch den Arbeitgeberverband im Malergewerbe inszenierten Kampfes ist ein weiteres Abflauen der Bewegung zuungunsten der Arbeitgeber eingetreten. Es wurden am 5. April vom Verband der Maler noch 13 406 Ausgesperrte einschließlich Arbeitslose und Streikende festgestellt, gegen 14 905 am 29. März, also eine Abnahme um 1499 innerhalb einer Woche.

Große Fortschritte hat in der vierten Aussperrungswoche der Abschluß von Sondertarifen mit einzelnen Arbeitgebern gemacht, die vielfach über die vom Arbeitgeberverband abgelehnten Schiedsprüche hinausgehen. Es arbeiteten am 5. April bereits zu neuen Bedingungen in 2289 Geschäften 13 488 Gehilfen, und zwar u. a. in Berlin 2235, in Danzig 175, in Stettin 168, in Spandau 143, Frankfurt a. M. 1120, Wiesbaden 450, Darmstadt 180, Lübeck 120, Leipzig 900, Stuttgart 260, Karlsruhe 150, Mannheim 160, München 700, Nürnberg 420 u. a. m. Darunter sind viele große Firmen und

zahlreiche Mitglieder des Arbeitgeberverbandes enthalten. In der jetzigen Zeit der guten Konjunktur gehen fortgesetzt neue Anerkennungen ein.

Von besonderer Bedeutung ist der nun endgiltig vollzogene Abschluß eines korporativen Tarifvertrages mit dem Bund Deutscher Dekorationsmaler, der grundsätzlich nur größere Firmen als Mitglieder aufnimmt. Die Abmachungen erstrecken sich auf folgende Orte: Augsburg, Reichenhall, Berlin, Bremen, Breslau, Charlottenburg, Köln, Coblenz, Erfeld, Düsseldorf, Dresden, Elberfeld, Eisenach, Frankfurt a. M., Freiburg i. B., Graudenz, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Leipzig, Lübeck, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Offenbach a. M., Stuttgart, Wiesbaden, Dortmund und Altenburg. In 15 dieser Orte wurde mit den Löhnen über die Schiedsprüche hinausgegangen. Der Abschluß mit dem Bund hat besonders auch eine tarifrechtlich größere Bedeutung, weil damit die bestehenden Vereinbarungen zwischen den bisherigen Vertragsparteien, wonach mit anderen Verbänden abgeschlossene Tarifverträge auf dem Reichstarif aufzubauen sind, durch den entbrannten Kampf bei dem erwähnten Tarifabschluß mit dem Bund nicht beachtet werden brauchten. Das ist dem Arbeitgeberverband natürlich höchst unbequem, glaubte er doch die lästige Gegenorganisation hochmütig an die Wand drücken zu können.

Wie wir bereits in Nr. 14 des „Corr.-Bl.“ berichteten, waren nach einer Fürsprache des Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes beim Staatssekretär Dr. Delbrück von diesem neue Verhandlungen angeregt und durch Vermittelung der Unparteiischen auf den 8. April festgesetzt worden. Es war vorauszusehen, daß hier der ebenfalls in Nr. 14 des „Corr.-Bl.“ bereits erörterte Vorstoß der Arbeitgebervertreter gegen die Unparteiischen erörtert werden würde. Diese verwahrten sich entschieden gegen die ihnen gemachten Vorwürfe, als hätten sie den Interessen der Arbeitgeber nicht ebenso gerecht zu werden versucht, wie denen der Arbeiter und forderten vom Vorstand des Arbeitgeberverbandes eine unzweideutige Erklärung als Vorbedingung für ihre weitere Mitwirkung. Gleichzeitig lehnten sie die Entgegennahme jeder Begründung darüber ab, warum angeblich in Arbeitgeberkreisen das bisherige Vertrauen zu ihrer Unparteilichkeit nicht mehr bestehe. Hierauf erklärte der Vorstand des Arbeitgeberverbandes, daß dessen Mitglieder den Unparteiischen nach wie vor volles Vertrauen entgegenbringen. Die Gehilfenvertretung ließ zu diesen Vorgängen erklären, daß sie den Vorstoß des Arbeitgeberverbandes als ganz unmotiviert und als einen Versuch betrachten, eine PreSSION auf die Unparteiischen auszuüben, daß diese den Wünschen der Arbeitgeber mehr als denen der Gehilfen entgegenkommen sollten.

Zur Sache selbst reichten die Arbeitgeber zehn Abänderungsanträge zu dem neuen Tarifschema ein, durch die sie einen Teil ihrer früheren Anträge wieder aufleben ließen — u. a. finanzielle Haftung der Organisationen, Kautionssfrage, Verfall von Ansprüchen nach 10 Tagen, Wegfall der neuen Bestimmungen über die Tarifüberwachung, Beseitigung der Bestimmungen über paritätische Facharbeitsnachweise, einheitlichen Tarifablauf mit dem Baugewerbe. Dazu erklärten die Gehilfenvertreter, daß sie eine Revision des größtenteils durch gegenseitige Vereinbarung zustande gekommenen Tarifschemas ablehnen müßten, denn es bilde in der jetzigen Fassung

*) Bzgl. Nr. 10, 11, 13 und 14 des „Corresp.-Bl.“.

Kartelle und Sekretariate.

Das Gewerkschaftskartell in Sebnitz erucht, Sendungen für dasselbe zu adressieren an Ernst Zweiniger, Hofheimer s dor f 33.

Genossenschaftliches.

Der diesjährige ordentliche Genossenschaftstag des Centralverbandes Deutscher Konsumvereine findet vom 16. bis 18. Juni in Dresden statt. In Verbindung damit tritt am 16. Juni der Generalrat des Centralverbandes zusammen und am 20. Juni wird die Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine ihre erste Generalversammlung abhalten. Diese Generalversammlung wird u. a. über die Errichtung eines Pensionsfonds beraten sowie die Berichte des Vorstandes usw. entgegennehmen.

Andere Organisationen.

Eine Lohnbewegung der Bergleute im Wurmrevier.

Zu unserer Notiz über die Vorgänge im Wurmrevier in Nr. 14 des „Corr.-Bl.“ sendet uns der christliche Bezirksleiter Harsch eine „Berichtigung“, der wir Raum gewähren, weil sie einen ausgezeichneten Beweis für die Methoden christlicher Gewerkschaftsfunktionäre bietet. Der Bezirksleiter Harsch „berichtigt“ folgendermaßen:

1. Es ist unwahr, daß die Mitgliederzahl des Gewerkschafts im Wurmrevier höchstens 3000 betrage. Wahr ist vielmehr, daß der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter im Wurmrevier Ende März 3950 Mitglieder zählte.

2. Es ist unwahr, daß die vom Gewerkschaftsverein aufgestellten Bedingungen dahin gingen, „daß der Verband während der Bewegung die Christlichen nicht bekämpfen und nach der Bewegung nur „anständig“ gegen die Christlichen kämpfen darf“. Wahr ist vielmehr, daß es in den vom Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter aufgestellten Voraussetzungen für die Bewegung heißt: „Hierzu ist notwendig, daß der Nivalitätskampf zwischen beiden Verbänden während der Bewegung vollständig unterbleibt und sich nach der Bewegung in anständigen Formen vollzieht.“

3. Die Behauptung, der Gewerkschaftsverein habe dem Verbandsvorsitzenden vorschreiben wollen, dieser dürfe an Unorganisierte keine Streikunterstützung zahlen, trifft in der gegebenen Schilderung nicht zu. Der betreffende Passus lautet: „Beide Verbände verpflichten sich, im Falle eines Streiks keinerlei Unterstützung an Unorganisierte zu zahlen.“

4. Die Behauptung in dem Artikel: „Die Christlichen wollen die Vertreter des Verbandes in einem zu bildenden, gemeinsamen Streikkomitee bestimmen“ ist unwahr. Wahr ist vielmehr, daß der betreffende Passus wie folgt lautet: „Die Leitung der Bewegung geschieht durch einen Ausschuss. In denselben wählt der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands 6, der alte Verband 4 Vertreter, einschließlich der beiderseitigen Bezirksleiter.“

Herzogenrath, den 7. April 1913.

Gewerkschaftsverein christl. Bergarbeiter Deutschlands.
Bezirksbureau Herzogenrath.

Harsch.

Die Behauptung bezüglich der Mitgliederzahl des Gewerkschafts im Wurmrevier kann nicht als

erwiesen angesehen werden. Unser Berichterstatter hatte sich ausdrücklich darauf berufen, daß „die Christlichen nach ihrer Abrechnung höchstens 3000 Mitglieder zählen“. Solange auf Grund der Abrechnung nicht einwandfrei die Richtigkeit dieser Angabe nachgewiesen ist, ist die „Berichtigung“ keine Berichtigung, sondern nur eine leere Behauptung.

Zu 2 und 3 ist nichts zu bemerken, weil diese „Berichtigung“ nur eine Bestätigung der in unserer Notiz enthaltenen Angaben darstellt. Zu 4 kann auch der Einsender nicht bestreiten, daß die „Christlichen“ in ihren Bedingungen den Bezirksleiter des Verbandes zum Ausschussmitglied schon bestimmten. Sonst pflegt es üblich zu sein, daß jede Partei ihre Vertreter selbst wählt.

Die ganze Berichtigung ist ein Schulbeispiel für die Kampfweise der W.-Gladbacher Jünger, die Tatsachen durch Haarspaltereien unzugänglich machen.

Mitteilungen.

Quittung

über die im Monat März 1913 bei der Generalkommission eingegangenen Quartalsbeiträge:

Verb. der Fabrikarbeiter für 3. und 4. Quartal 1912	15 056,— Mf.
„ „ Glasarbeiter f. 3. u. 4. Quartal 1912	1 247,— „
„ „ Buch- u. Steindruckereihilfsarbeiter f. 4. Qu. 1912	623,— „
„ „ Bureauangestellten f. 4. Qu. 1912	267,80 „
„ „ Gemeinde- und Staatsarbeiter f. 4. Quartal 1912	1 920,84 „
„ „ Schuhmacher für 1912	6 590,— „
„ „ Handlungsgehilfen, Neitbeitrag für 1912	187,85 „
„ „ Freigelehrten f. 1. Qu. 13	75,36 „

An Unterstützungsgebern gingen ein bis zum 31. März 1913.

Für die Gewerkschaften in Bulgarien und Serbien:

Von den Vorständen der Centralverbände:

Brauerei- und Mühlenarbeiter 1000,—, Zivilmüller 50,—, Schiffszimmerer 100,—, Lederarbeiter 300,—, Bildhauer 250,—, Transportarbeiter 5000,—, Gastwirtsgehilfen 250,—, Hutmacher 230,—, Handlungsgehilfen 500,—, Buchbinder 1000,—, Töpfer 300,—, Fleischer 100,—, Bureauangestellte 160,—, Kürschner 100,—, Kupferschmiede 100,—, Porzellanarbeiter 500,—, Staats- und Gemeindegewerkschaften 1000,—, Blumenarbeiter 25,—, Bergarbeiter 2000,— Mf.

Von den Ortsverwaltungen der Centralverbände:

Metallarbeiter: Berlin 2000,— Mf.

Von den Gewerkschaftskartellen:

Kahla i. Sa. 25,—, Taifingen (Württemberg) 5,— Mf. In Summa 15 495,— Mf.

Berlin, den 7. April 1913.

Hermann Kube.

Für die Verbandsexpeditionen.

Der Nr. 16 des „Corr.-Bl.“ wird die Statische Beilage Nr. 2, enthaltend: „Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1911“ beigegeben. Diese Nummer erscheint im Umfange von 48 Seiten.